

Commer

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco gen. franko 1 M.
Postzeitungsliste: Nr. 1658.
Verantwortl. Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,
Engel-Her 15. Telefon: Amt VII, 3349.
Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 3—7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.
Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Anzeigen:
die 3 gespaltene Zeitspalt 40 Pf. für Abonnement
einfacherer Absatz.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 8.

Berlin, den 13. April 1902.

6. Jahrg.

Rückwärts nimmer, Vorwärts immer!

Wenn irgend einer unserer Lesern durch ein Mysterium plötzlich unter erschauern, so würde sein Staunen wohl nicht bald zu Ende kommen, und wenn er nicht ein ausgesprochener Sceptiker wäre, so dürfte er glauben, daß die Menschheit seit seinem Scheiden durch eine Epoche unaußerordlicher Wunder hindurchgegangen sei. Können wir uns doch aus den getreuen Schilderungen vergangener Zeiten und aus einer Zusammenstellung der ungezählten Erfindungen und Entdeckungen, insbesondere der neueren Zeit, ohne Schwierigkeit ein vergleichendes Bild von einst und jetzt machen. Wenn sich solch ein Gast aus der Vergangenheit erinnert würde, daß zu seinen Lebzeiten Königslöcher selbst ihre Leinwand auferlegten, daß man in den Wohnungen der Vornehmsten gerade so den Meistertisch als Belustigungsmittel verwendete wie im Heim des Armen, und er würde jetzt das Palais eines Fürsten der Industrie oder des Handels betreten, so dürfte ihm die Augen übergehen vom Glanz der Salons und von der intimen Pracht der Boudoirs, von der Kostbarkeit der Einrichtung und von der Feinheit der Stoffe. Aber wie würde er wohl aus allen Himmeln fallen, wenn man ihn aus solchen stolzen Warmvorhallen, aus dem Willen kostbarer Gemälde und Bildhauerwerke, aus dem Strahlenschein elektrischer Lustres, aus dem Glanz von Kristall und Gold in die elende Dachstube oder in den Kellerraum bringen würde, welchen ein Arbeiter mit seiner Frau und Kinderchar bewohnt? Wie würde ihm die stiefliche Atmosphäre aus dem Bereich der schreienden Proletariatskinder, aus der Umgebung einiger wackeliger Möbelstücke und schlecht riechender Strohsäcke fortjagen? Und welchen Begriff müßte er sich dann von unserer gewaltigen Fortschritt, von unserer Kultur und Zivilisation machen?

Aber wenn man ihn dann gar auflären würde, daß der Besizer jenes marmornen Glanzes sein Leben in schwebelischen Freuden, aber im positiven Nichtstun verbringt, während der Kellervorwohner von der frühesten Jugend angefangen, die schwersten Arbeiten verrichtet und sie bis zur vollen Gerechtigkeit verzichtet wird, und daß dabei sein ganzes Leben so beschaffen ist wie seine Wohnung; wenn man ihm dann mitteilen würde, daß die Anzahl jener Kapitalmagnaten eine verschwindend kleine ist gegenüber dem gewaltigen Heere arbeitender Menschen und daß jene Heere alle Herrlichkeiten der Welt auf Kosten der Millionen Frohnen der genießen, daß sie sich die Früchte ihrer Arbeit aneignen und jene in Glend und Nechlosigkeit halten, dann würde sich seiner Seele wohl eine andere Art von Seltsamen bemächtigen und er würde sich fragen, wie es möglich war, daß mit einem so gewaltigen Fortschritt auf der einen Seite ein so erschreckender Stillstand auf der anderen verbunden sein kann.

So würde Jemand staunen, der von auswärts unter uns käme, Jemand, der unsere Entwicklung nicht selbst mitgemacht, der in unseren Verhältnissen nicht selbst mitgelebt hat. Unser Arbeiter aber staunt nicht. Soweit sein Erinnerungsvermögen zurückreicht, war es so, und andere Leute, die sich seine Freunde nennen, sagen ihm, daß es überhaupt immer so war und so bleiben werde. Und so vermag sich wohl mancher seiner Brust ein Seufzer zu entringen, er kann, wenn das Glend gar zu hoch emporgelommen ist, in wilder Wuth die Faust in der Tasche halten, aber — helfen kann er sich nicht. Und entsteht die Frage: Ist es denn wahr, daß es nicht anders werden kann? Gibt es denn in der That keine Hilfe?

Nun, die Lage der Arbeiterschaft ist eine miserable, aber eine hoffnungslose ist sie nicht. Ja, es liegt in der Hand der Arbeiter selbst, sich dieselbe ganz gewaltig zu verbessern, sie sogar so gründlich zu verändern, daß die ganze menschliche Gesellschaft dadurch ein anderes Antlitz bekommt. Die Arbeiterschaft braucht hierzu nur ihre eigene gewaltige Bedeutung zur Geltung zu bringen, das heißt, sich zu organisieren. Das Ausstreuen von Millionen einzelner Arbeiter, deren jeder Einzelne machtlos ist gegenüber dem herrschenden System des Kapitalismus mit seiner Konkurrenz und Ausbeutung, muß abgelöst werden durch das Anstreben einer in sich geschlossenen Arbeitermasse, welche eine Fülle von Macht bedeutet, wie sie in der Geschichte der Menschheit noch ohne Beispiel ist.

Von der Arbeit ist die ganze menschliche Gesellschaft abhängig. So unbedingt wahr dieser Satz ist, so verfehlt sind die Verhältnisse in der bestehenden Gesellschaft, in welcher in der That der Arbeiter der abhängigste, der unfruchtbarste Mensch ist. Und die Ursache liegt darin, daß er in dieser organisierten Gesellschaft selbst unorganisiert ist. Die Thatfache, daß eine Organisation immer mächtiger ist als ein Einzelner, braucht wohl nicht erst bewiesen werden. Dieser Thatfache aber ist es zuzuschreiben, daß der Arbeiter heute nahezu rechtlos ist. Ihm gegenüber steht der Kapitalismus, der seine mächtige Organisation im heutigen Klassenstaat, seine Stütze in der Organisation des Militarismus hat. Durch den Staat diktiert der Kapitalismus dem Arbeiter Gesetze, selbstverständlich nach dem Prinzip, daß Jeder sich selbst der Nächste ist, Gesetze, durch welche der Kapitalismus, ohne sich viel um das Wohl der Arbeiter zu kümmern, sich den denkbar größten Nutzen verschafft. Zur Aufrechterhaltung dieser Vorschriften wird ein ausgedehnter Apparat von Behörden, Gerichten, Polizei und eine stetig wachsende Armee unterhalten; gewissermaßen aus prophylaktischen Gründen aber erteilt eine andere Armee der Arbeiterschaft unausgesetzt Belehrungen über Bescheidenheit, Ergebenheit und Gehorsam, ihr dafür herrliche Löhne nach dem Tode versprechend, wenn sie auf das Streben nach gründlicher Verbesserung ihrer Verhältnisse im Diesseits verzichtet. Alle diese Organisationen haben wissenschaftlich oder unwissenschaftlich den Zweck, die Interessen des Kapitalismus zu schützen; ob sie wollen oder nicht, müssen sie dabei die Interessen der Arbeiter schädigen. Und gegen all die dickbäuchigen Geldsäcke, die er selbst täglich und stündlich vermehren und vergrößern hilft; gegen alle bewaffnete Macht, die er seiner eigenen Söhne und Brüder liefert, die er leidet, ernährt und bewaffnet; gegen alle weltumfassende Macht der Scheinheiligen, die ihn in Dummheit drücken und erhalten wollen und die er ernähren muß — steht der Arbeiter mit leeren Taschen und bloßen Händen da, wie ein Strohhalm in Winde, der wichtigste und dennoch der machtloseste Faktor der Welt. Und wo es so bleibt, dort verschlechtern sich die Verhältnisse mehr und mehr. Jeden Fortschritt, welchen der nimmeraltende menschliche Geist zeitig bringen die Mächte des Geldsacks in ihren Dienst und Nutzen, den Arbeiter dabei in tiefere Sklaverei drückend. Großartige Maschinen, wahre Wunder der Technik, werden erfinden; sie ersetzen unermessliche menschliche Arbeit; man sollte glauben, man werde durch verminderte und erleichterte Arbeit das Loos der Arbeiter wunderbar gebessert. Aber statt dessen werden die infolge der Maschinen überzählig gewordenen Arbeiter auf das Pflaster geschleudert. Eisenbahnen verbinden die entferntesten Länder, übersetzen Menschenströme, bringen durch mächtige Weirage hindurch und in elegant gepolsterten Koupées I. Klasse oder in bequem eingerichteten Schlafwagen kann der Reiche mit allem Luxus und Komfort die ausge-

dehnlichsten Vergnügungstouren unternehmen. Aber mit zerfetzten Schuhen und einem elenden Mäntelchen auf dem Rücken wandert der Handwerksburde noch immer im Sonnenbrand und im Schneegestöber die staubige oder folsige Landstraße dahin, bald von einem Gendarmen, bald von einem Dorfpolizisten aufgehalten und nach seinen Dokumenten und Substanzmitteln ausgeforscht. Unglaublich dünkende Fortschritte haben die Wissenschaften gemacht und Unterrichtsanstalten jedes Grades für univervelle und fachliche Bildung mehrten sich und bieten ihren Besuchern immer mehr Wissen. Aber während das dümmste Bourgeoischändchen Gymnasien und Universitäten absolvieren und dann in der Gesellschaft mit Titeln und Diplomen prunken kann, ist der talentreichste Arbeiterknabe verurteilt, nach einigen wenigen Volksschullassen die „Karrriere“ seines Vaters aufzunehmen, das heißt, Kaufbursche zu werden oder in eine Fabrik einzutreten, seine zarte Jugend in dumpfen Arbeitsstätten oder auf gefährvollen Transportwegen zu opfern und sich dabei von aller Welt einer dummen Jungen heißen zu lassen.

Dieser Zustand, welcher für den Arbeiter ebenso schädlich wie entwürdigend ist, kann nur dann beseitigt werden, wenn die Arbeiter selbst ihre Befreiung in die Hand nehmen. Menschen, die sich in den heutigen Verhältnissen wohl fühlen, empfinden auch kein Bedürfnis nach einer Veränderung. Die Klasse der Kapitalisten, die in der heutigen „Ordnung“ ihre Reichthümer und Unermessliche anwachsen sieht, deren Mitglieder sich alle Freuden und Herrlichkeiten dieser Welt gönnen können, ohne dabei arbeiten zu müssen, empfinden nicht das geringste Interesse für eine Befreiung der Arbeiter; dies gilt auch von allen Jenen, die selbst Kapitalisten, vielmehr mitunter recht kleine Kreaturen sind, die sich aber im Abglanz des Kapitals sonnen, die dem Kapitalismus Schergen- und Latzendienst leisten, knechtliche Naturen, die sich von den Gnaden des Kapitalismus beglückt fühlen und ihn deshalb gedankenlos ergeben sind.

Das furchtbare Joch der modernen Lohnsklaverei empfindet nur der Arbeiter, und er hat das lebhafteste Interesse daran, daß es in dieser „besten aller Welten“ anders werde. Will er nun in diesem Sinne Veränderungen erzielen, so muß er sich Bundesgenossen dort suchen, wo er sie einzig und allein finden kann, das ist in den eigenen Reihen. Wie der Arbeiter A., so hat auch der Kollege B., so der Arbeiter C. und der Kamerad D. ein Interesse an einer gründlichen Aenderung der Verhältnisse, und diese Interessengemeinschaft muß die Arbeiter zusammenschließen.

Was halten unsere Kollegen, die Arbeiter sind so gut wie ein Fabrik- oder Grubenmann, davon? Wer wird ihnen helfen, die Verhältnisse zu ändern, wenn sie es nicht selbst thun werden? Von wem wollen sie Hilfe erwarten, wenn sie auf die eigene Kraft nicht bauen können?

Gibt es für uns eine andere Hilfe, als die Organisation?

„Organisation! Das ist ja nichts Neues“ — hört man da und dort, wenn man Kollegen den einzigen Weg zu ihrer Befreiung weisen will. „Per-eine hat es bei uns schon lange gegeben. Wir waren schon da und dort Mitglieder, aber das hat uns nichts geholfen.“

Gewiß. Die Vereine an und für sich sind keine Erfindung der Arbeiter. Aber zwischen Verein und Verein ist ein großer Unterschied, und wenn der Arbeiter einen Verein beitreten will, so muß er fragen, wie derselbe zusammengesetzt ist und welchen Zweck er hat. Thut er aber das, so wird er einsehen, daß sich unter den unzähligen Vereinen, in welche man ihn schon zu locken versuchte, sehr wenig oder keine Arbeitervereine befinden haben.

Ein Verein, der den Arbeitern nützen soll, muß vor Allem aus Arbeitern selbst bestehen, so zwar, daß die Arbeiter selbst in demselben entscheiden und nicht als Anhängel, als Staffage verwendet werden. Und dann muß ein solcher Verein auf einer Grundlage beruhen, welche es deutlich erkennen läßt, daß seine Zwecke der Arbeiterschaft dienlich sein sollen. Nur in einer Organisation, welche die Arbeiter selbst leiten, in welcher sie selbst nach ihrem Willen wirken, haben die Arbeiter die Gewähr, daß ihre Interessen vertreten werden.

Hätten wir vor Allem eines fest: Der Unternehmer hat ein absolutes Interesse daran, daß sein Gewinn ein möglichst großer sei. Nicht nur aus bloßer Profitgier, sondern auch wegen der Konkurrenz, welcher er von Seite anderer Unternehmer bezeugt, ist er gezwungen, von seinem Kapital möglichst große Zinsen herauszuschlagen. Demgemäß findet er es für vorteilhaft, den Arbeitern möglichst geringe Löhne zu zahlen, dagegen aber von ihnen möglichst große Arbeitsleistungen herauszupressen. Jede Ausgabe für die Arbeiter empfindet er als einen Abgang an seinem Nutzen, und er sucht sich daher nach Möglichkeiten zu bewahren. Diesem Umstand ist es hauptsächlich zuzuschreiben, wenn auch in unseren Ländern industrielle Unternehmungen entstehen. Bei uns gehen die Arbeiter noch als nicht begehrt, als billige, mit geringem zufriedene Arbeitsträger. Aber auch die Arbeitsträger haben genau das entgegengesetzte Interesse als die Unternehmer. Für ihr und ihrer Familien Wohlergehen brauchen sie höhere Löhne, Sicherheit der Existenz, verkürzte Arbeitszeiten, Schutz vor Unfällen, Vorsorge für den Fall der Erkrankung, der Arbeitsunfähigkeit, des Alters usw. Und all das ist nicht durchführbar, ohne daß der Unternehmer veranlaßt wird, in seine Tasche zu greifen, welche er natürlich am liebsten nach Möglichkeit zupfückt. Hier prallen also die Interessengegenätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit aller Wucht aneinander, und was daraus entstehen muß, ist Kampf.

Das enthält die Lehre, daß die Arbeiter Organisationen brauchen, welche sie fähig machen, den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Vereine, in welchen Unternehmer oder deren ergebene Kreaturen das Wort führen, ja, selbst Organisationen, in welchen diese mitreden haben, können einer solchen Aufgabe nicht gerecht werden, denn sie werden in ihrem Kampfe behindert. Nur reine Arbeiterorganisationen können da ihren Zweck erfüllen. Arbeiter, die sich betreiben und ihre Lage verbessern wollen, müssen daher ihre eigene Organisation schaffen und dieselben mit aller Kraft fördern, ausbauen und kräftigen.

Der Kapitalismus sucht den Arbeitern auf jedem Gebiete an den Leib zu rücken. Das goldene Kalb ist heute der oberste Götz der Welt und der Geldsack das mächtigste Mittel seiner Herrschaft. Auf dem wirtschaftlichen und auf dem politischen Gebiet regiert der Kapitalismus, da und dort ist die Arbeiterschaft von ihm unterjocht. In den Fabriken, in den Gruben, Arsenalen, auf allen Eisenbahnen, im Handel und Verkehr, auf dem Meere ist der Kapitalist der unumschränkt gebietende Herr, der Arbeiter aber der zu blinden Gehorsam verurteilte Sklave. Im Staate schafft die Kapitalistenklasse Gesetze, und die Arbeiterklasse muß sie befolgen. Die Folgen dieser lieblichen Ordnung verspürt der Arbeiter jede Stunde. Im Betriebe bürdet ihm der Unternehmer übermenschliche Arbeitslasten auf und entlohnt ihn dafür in der schädlichsten Weise; im Staate hält ihn dieselbe Kapitalistenklasse von den politischen Rechten fern und bürdet ihm dafür Steuern und militärische Dienste auf. Diese Erscheinung wird von vielen noch nicht begriffen, ist aber doch sehr einfach. Politische Fragen sind ihrem Wesen nach doch etwas Anderes als wirtschaftliche Fragen; wer im wirtschaftlichen Leben herrscht, der herrscht im politischen ebenfalls, denn der Staat ist in Wirklichkeit nichts Anderes als eine Organisationsform der Gesellschaft, und da unsere jetzige Gesellschaft eine kapitalistische ist, muß auch der Staat ein kapitalistischer sein. Die Arbeiterklasse begegnet also den gleichen Gegnern, wohin sie sich auch wenden mag.

Der Kampf gegen die Arbeiter wird auf allen Gebieten geführt. Wollen diese nicht unterliegen, so müssen sie selbst den Kampf auf allen Gebieten aufnehmen.

Deshalb müssen wir vorbereitet sein, rastlos organisieren, agitieren, aufklären und ansprechen. Wir leben in der Zeit des Dampfes und der Elektrizität. Alles schäumt, siedet, braust, stößt und drängt nach vorwärts. Die Hindernisse schwinden, die Dämmerung lichtet sich, das Licht bricht durch und der Tag naht, der Tag, da man die Geschichte anders zu schreiben beginnt als bisher. Immerdar wurde sie nur von den Mächtigen geschrieben. Aber nun muß das Volk selbst die Feder zur Hand nehmen und die unbeschriebenen Blätter der Historie ausfüllen. Die arbeitende Menschheit muß selbst über ihre Geschichte entscheiden; sie muß die Kraft erringen und die Macht, welcher sie bedarf, um das

Sklavenjoch zu stürzen und an seiner Stelle den Tempel der Freiheit zu erbauen.

Das arbeitende Volk hält alle Säulen der menschlichen Gesellschaft aufrecht. Ohne seiner Hände Arbeit liefert der Boden kein Getreide, schaffen keine Maschinen, bestehen keine Häuser und Paläste — ohne Arbeiterhand wird und besteht nichts in der Welt. Ohne seine Arbeit wäre alles Kapital unfruchtbar, todt. Und für all seine Mühen hat dieses Volk nichts Anderes als ein ewiges Leiden, während Andere genießen, was es in Schwelgerei seines Ansehens, mit Gefahr seiner gesunden Glieder und seines Lebens erzeugt. So ist die heutige Gesellschaftsordnung beschaffen, und wenn wir sie als unrecht bezeichnen, so haben wir sie mit großer Mühseligkeit, mit Zurückdrängung un-aussprechlicher Hinterlist im Herzen charakterisiert.

Das Unrecht kann und darf sich aber nicht für alle Zeiten auf Erden, unter Menschen, welche gesunden Verstandes sind, breiten.

Das arbeitende Volk repräsentiert eine Macht, welche unbezwingbar wird, wenn es einig geworden. Und es ist schon an der Zeit, daß diese Einigung zur Wahrheit werde.

Ihr Leidenden trocken Eure Thränen! Laßt Eure Seufzer und Klagen verhallen! Damit wird nichts erreicht. Flehet nicht um Gnaden, sondern fordert Euer Recht!

Eure guten Rechte sind so alt wie die Welt. Sie sind in der Natur begründet, welche Euch hervorgebracht hat gleich wie alle anderen Menschen. Wenn wir Alle das gleiche Anrecht tragen, dann haben wir auch Alle gleiche Rechte. Und wenn uns die Mächtigen, die mit Geld regieren, mit Geld jede Macht erkaufen, dieselbe vorenthalten, dann müssen wir sie uns erkämpfen, und zu diesem Behufe müssen wir uns vereinen, verbinden, organisieren.

Auch unsere Kollegenschaft brückt die gleiche Noth, auch sie vergeht im gleichen Elend wie die Arbeiter der ganzen Welt. Auch unser Kollege muß für seine und seiner Kinder bessere Zukunft sorgen. Will er nicht, daß ihn die Kinder im Grabe verfluchen werden, dann muß er eintreten in den Kampf gegen die rücksichtslose Tyrannei des modernen Kapitalismus.

Darum gilt es auch für unsere Kollegen, sich zu organisieren und den Mitleidenden der ganzen Welt die Hand zu reichen.

Ein Arbeitsvertrag aus dem zwanzigsten Jahrhundert.

Dem Herrn Friedrich Leopold, Inhaber der Packetsahrt zu Bremen, blieb es vorbehalten, auf dem Gebiete des freien Arbeitsvertrages alles bisher Dagewesene zu überlassen. Wer dies nicht glaubt, den eruchen wir nachstehenden Vertrag durchzulesen und Jedermann, der dies gethan, wird dann zugeben müssen, wie sehr wir leider Recht haben.

Zwischen der Direktion der Packetsahrt zu Bremen und (folgt Name des Arbeiters) ist heute folgender Anstellungsvertrag abgeschlossen worden:

Der bisherige (folgt Stand und Name), geboren am (folgt Jahr und Tag, Ort, Familienstand, ledig oder verheiratet); wenn verheiratet, müssen die Kinder, die zu ernähren sind, angegeben werden; dann folgt die Wohnung und zum Schluß noch der Militärstand) erklärt werden muß.

Nachdem ich heute bei der Packetsahrt probeweise angestellt worden bin, bestätige ich die beiderseitigen mündlich abgeprochenen Abmachungen des Anstellungsverhältnisses dahin:

§ 1. Ich habe (folgt Datum und Stundenangabe) mich auf dem Bureau der Packetsahrt, An der Weide 4/5, einzufinden und meine Stelle anzutreten.

§ 2. Solange meine Anstellung eine probeweise ist, besteht eine 15 tägige gegenseitige Kündigung und zwar nur auf den Schluß eines Kalendermonats auslaufend, im Sinne des § 62 des BGB.

§ 3. Ich bin verpflichtet, jeder Zeit den mir von meinem Vorgesetzten oder dessen Stellvertreter aufgetragenen, zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Dienst unter Beobachtung der gegebenen oder noch zu gebenden Instruktionen gewissenhaft zu verrichten und das Interesse der Anstalt nach bestem Wissen zu fördern, wobei alle Dienst- und Geschäftsvorkommnisse streng geheim zu halten. Insbesondere ist es mir auch untersagt, im Dienste Tabak zu rauchen, Privatgespräche zu führen oder von meinem vorgeschriebenen Dienstgange auch nur vorübergehend zu entfernen.

§ 4. Die Direktion soll berechtigt sein, mir jeder Zeit bei gleichem Gehalt eine anderweitige, meinen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung anzumessen.

§ 5. Die straffe Befolgung der Instruktionen und Disziplinar-Ordnung, sowie die bei Vergehen gegen dieselben angelegten Strafen erkenne ich besonders an.

§ 6. Die mir zugebilligte, monatliche bis zum Tage meiner eventl. Entlassung zahlbare Löhnung beträgt während der probeweisen Anstellung pro Monat 75 Mk. oder 90 Mk.

§ 7. Diese Löhnung beginnt sofort mit der Übernahme des Dienstes. Ich verpflichte mich jedoch, eine Pauschalentschädigung von 30 Mk. zu zahlen resp. mir von meiner Löhnung oder Dienstkaution abziehen zu lassen, falls mein Austritt vor Beendigung einer dreimonatlichen Dienstzeit (auch in Folge von Krankheit) stattfindet. Dieser Betrag dient als Entschädigung für die durch meine Einstellung und Einberufung ent-

standenen Unkosten, für die Benutzung der stets als Eigenthum der Packetsahrt verbleibenden Dienstleistung, sowie für die sonstigen durch meine Anstellung gerade bei Beginn meiner Anstellung verursachten Unkosten und Mängel. — Während demnächstigen Urlaubs und für diejenige Tage habe ich keinen Anspruch auf Gehalt, an welchen ich ohne Erlaubniß, mündlich oder in Folge selbstverschuldeten Grundes, keinen Dienst gehen habe. Für jeden Tag meines mündlichen, unentschuldigsten oder eigenmächtigen Wegbleibens vom Dienst verpflichte ich mich eine Pauschal-Entschädigung von 10 Mk. pro Tag als Ersatz des der Anstalt erwachsenden Schadens ohne Einrede zu zahlen resp. mir abziehen zu lassen; im Falle es sich aber um eine streitartige oder komplizierte mündliche Niederlegung der Arbeit handelt, also ohne Beobachtung der vereinbarten Kündigungsfrist, soll meine Kautionsvoll und ganz verfallen sein und verzichte ich im Voraus auf jede Einrede gegen diese Bestimmung.

§ 8. Bezüglich der mir etwa gelieferten Uniform und sonstigen Ausschüttungsgegenstände unterwerfe ich mich den hierfür bestehenden Spezialbestimmungen und Disziplinarstrafen ausdrücklich. So lange keine andere Bestimmungen vereinbart werden, ist bestimmt, daß mir ein Dienstanzug, welcher stets Eigenthum der Packetsahrt bleibt, kostenlos zur Benutzung übergeben wird. Ich habe diesen und etwaige weitere Kleidungsstücke zu schonen, stets rein und propper zu erhalten und etwaige Ausbesserungen stets sofort auf eigene Kosten vornehmen zu lassen. Im Falle ich diese wie die sonstigen mir zum Gebrauch übergebenen Ausschüttungsgegenstände übermäßig, anders als durch den ordnungsmäßigen Gebrauch abnutze oder verderbe, so habe ich für den zugefallenen Schaden aufzukommen.

§ 9. Da nicht allein aus meiner Weigerung zu einer Dienstleistung, sondern schon aus der nicht gehörigen Erfüllung meiner Dienstobliegenheit, Nichtbeachtung der Strafenpolizeireglements und sonstigen polizeilichen Bestimmungen der Packetsahrt Nachtheile entstehen können, so verpflichte ich mich für jeden durch mich verursachten Schaden aufzukommen.

§ 10. Ich verpflichte mich, treu und gewissenhaft meinen Dienst auszuführen, gegen meine Vorgesetzten und meine Kollegen, wie gegen das Publikum stets höflich zu sein. Ich habe mit meinem ganzen Vermögen für jeden Schaden und Stelle noch besonders eine Kautions in Betrage von 200 Mk., zweihundert Mark, in Kaar.

§ 11. Eine konventionalstrafe (Pauschal-entschädigung) von 200 Mk., in Worten zweihundert Mark, verfällt sobald meine Entlassung dadurch begründet wird, daß ich nachweislich eine Sendung (Paket, Geldwerthe oder Drucksaften und Zeitungen ohne Adresse) ganz oder theilweise vermisst, gefehlt, unterschlagen oder auf irgend welcher Art und Weise auch nur vorübergehend bei Seite geschafft habe, abgesehen von strafrechtlicher Verfolgung nach den bestehenden Gesetzen. Eine Verfechtung einer Sendung liegt a. U. schon vor, wenn ich eine Sendung, an die hierfür bestimmte Person nicht rechtzeitig bestellte, sie bei meinem nächsten Eintreffen auf dem Bureau nicht sofort meinem Vorgesetzten vorlege.

Ich beehde mich jeglichen Einwandes gegen diese Vereinbarung, indem ich zugleich erkläre, daß ich diese Strafe für angemessen und die Schädigung sonst unerschätzblich halte.

§ 12. Meine Kautions ist ebenso voll und ganz verfallen, wenn ich bei Ausfüllung der Ständesliste wesentlich eine falsche Angabe gemacht habe, welche bei Entscheidung meiner Anstellung ins Gewicht fallen könnte.

§ 13. Die Kautions bleibt noch 6 Monat nach meinem Austritt deponirt und bin ich nicht berechtigt, solche früher zurück zu fordern. Die Zurückgabe erfolgt an diejenige Person, welche die Kautions gestellt hat gegen Rückgabe des Vertrags-Duplikats und gegen besondere Rückbestimmung.

§ 14. Die Probezeit wird nach vollen Kalendermonaten gerechnet und fangen diejenige Tage, welche ich vor dem ersten eines Monats eintrete, noch zur Probezeit hinzu.

§ 15. Nach einer Probezeit von 3 vollen Kalendermonaten erfolgt, wenn keinezeitig gekündigt wurde, stillschweigend meine definitive Anstellung. Von da ab ist eine gegenseitige 6 wöchige Kündigung vereinbart. Diese Kündigung muß stets auf den Schluß eines Kalender-Monatsjahres anlaufen und unter Angabe des Grundes der Kündigung schriftlich mitgetheilt werden. Bei einem groben Vergehens seitens der Angestellten, Verfehlungen gegen Strafgesetze, Subordinations-Vergehen, Gefährdung des Dienstes u. s. w. steht auch nach der definitiven Anstellung der Direktion das Recht zu, denselben sofort und ohne Anspruch auf weiteren Gehalt zu entlassen. Auf 1. Dezember eines Jahres kann ausnahmsweise nicht gekündigt werden, dagegen auf alle anderen Monats-ersten.

§ 16. Es steht mir jeder Zeit das Recht zu, Beschwerden irgend welcher Art oder Wünsche vorzubringen, ich habe solche schriftlich einzureichen und wird mir nach Prüfung derselben in längstens 8 Tagen von der Direktion ein Bescheid hierüber zugefchert.

§ 17. Die Gehaltsanzahlung erfolgt in monatlichen Raten mit je 1/10 des Jahresgehalts. Weitere Gehaltserhöhungen in längeren und kürzeren Zwischenräumen sind nicht ausgeschlossen, bleiben jedoch besonderer Vereinbarung vorbehalten und hängen einerseits von der Führung und den Leistungen eines jeden Angestellten, andererseits aber auch davon ab, ob und in wieviel die Direktion der Packetsahrt in der Lage und Willens ist, einen noch höheren Gehalt zu gewähren. Wird eine beantragte Gehaltserhöhung nicht gewährt, so steht es den betreffenden Angestellten anheim, sich unter Beobachtung der vertragsmäßigen Kündigung eine besser bezahlte Stellung zu suchen.

§ 18. Falls ich keiner Spezial-Krankenkasse bereits angehöre, habe ich an die Orts-Krankenkasse u. s. w.

(und Alters- und Invaliden-Versicherung) den gesetzlichen Beitragsanteil zu leisten.

§ 19. Am Falle einer auch nur kurzen Erkrankung, welche mich verhindert den Dienst zu versehen, habe ich sofort Meldung zu erstatten und eine ärztliche Bescheinigung über meine Erkrankung beizubringen. Von meiner Wiedergewinnung habe ich sofort Anzeige zu machen.

§ 20. Wel sofortigen Verfall einer Conventionalstrafe von 200 M. (zweihundert Mark) bin ich nicht berechtigt, bei einem ähnlichen Institut, auch staatlich, während 12 Monaten nach meinem Austritt in irgend welche Thätigkeit zu treten.

§ 21. Alle anvertrauten Gegenstände, Gelder oder Wertpapiere habe ich stets in Ordnung zu halten und jeder Zeit vorzulegen. Ich bin nicht berechtigt, irgend welche empfangene Geldbeträge auch nur vorübergehend zu Privat Zwecken oder zur Deckung irgend welcher Schulden zu verwenden. Eine solche Verwendung würde als Unterschlagung gelten.

§ 22. Ohne Erlaubnis der Direktion bin ich nicht berechtigt, irgend welche Nebenbeschäfte auch nur vorübergehend zu betreiben.

§ 23. Alle Strafgebühren, welche nicht als Schadenersatz angesehen werden, also nicht in Folge einer direkten Schädigung des Instituts verhängt wurden, werden alljährlich an die Angestellten verteilt. Ueber die Verteilung dieser Strafgebühren entscheidet jedoch die Direktion nach ihrer alleinigen Ermessen. Die Berechnung findet am den 1. Juli jeden Jahres statt und können nur solche Angestellte in Betracht kommen, welche desfalls ein Jahr angestellt und zur Zeit der Verteilung noch im Dienste der Badeschiffahrt sind und verbleiben. (Vremten, den folgt Datum).

Doppel ausgefertigt, selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Die Direktion der Badeschiffahrt Vremten.
Stempel Der Angestellte:
(Badeschiffahrt Vremten) Friedrich Leopold (Name)

Im Mittelalter gab es Leute, die ihre Seele dem Teufel verschrieben. Diese dürften noch immer besser daran gewesen sein als die Kollegen, welche gezwungen sind, einen solchen Arbeitsvertrag zu unterschreiben. Von Pflichten und Strafen nur, von Rechten ist keine Rede. Wenn man den Inhaber dieser Firma als einen Ausbeuter bezeichnet, dann kann dies wirklich keine Übeldeutung sein. Daß solche Verträge im 20. Jahrhundert im Lande der Denker und Dichter noch möglich sind, daß die freie Republik Vremten daran keinen Anstoß nimmt, ist bezeichnend für den gegenwärtigen Stand der Kultur. Aus diesem Schandenloch die Kollegen zu befreien ist eine der höchsten Aufgaben der Organisation. Solchen Unternehmern muß der Krieg erklärt werden, sie müssen so lange bekämpft werden, bis sie am Boden liegen. Das liegt im Interesse der Menschheit, im Interesse des Kulturfortschritts.

B e r i c h t

über die am 1. Dierstertag in Eberfeld tagende Gaukonferenz für Rheinland-Westfalen.

Die Konferenz wird um 1 1/2 Uhr mittags von Kollegen Detmering mit einigen Begrüßungsworten eröffnet. Vertreten sind 12 Orte durch 18 Delegierte, außerdem ist der Kollege Schumann-Berlin als Vertreter des Zentralverbandes anwesend.

Mit der Leitung der Konferenz werden beauftragt Schumann-Berlin und Widmann-Köln als Vorsitzende, Geß-Dortmund und Schöpe-Eberfeld als Schriftführer. Nachdem der Arbeiter-Gesangverein Vorwärts-Eberfeld ein Begrüßungslied vorgetragen, erhält zum ersten Bunt der Tagesordnung Detmering das Wort.

Rebner berichtet zunächst über die Erfolge während der Dauer seiner Amisführung, dabei gleichseitig auf die Schwierigkeiten hinweisend, welche durch die Gleichgültigkeit und Rückständigkeit unserer Verfassungskörper im rheinisch-westfälischen Ansehensgebiet der Ausbreitung der Organisation hinderlich sind. Trotzdem sind außer den Unternehmern auch die behördlichen und Kollege-Organen der verschiedenen Orte alle mögliche Mühe geben, die Organisation nicht aufkommen zu lassen, ist es doch bereits gelungen, in 12 Städten des Bezirkes festen Fuß zu fassen; auch seien mit einer weiteren Anzahl Städte Verbindungen angeknüpft, die hoffentlich in aller nächster Zeit zur Gründung von Verwaltungszellen führen werden.

Detmering kritisiert sodann scharf das Vorgehen der politischen Organe in den einzelnen Orten. In Dortmund habe man sich nicht gehescht, bei Vertretern unseres Verbandes Konsultation vorzunehmen, Aufnahmeforschung z. mit Beschlag zu legen; wahrscheinlich, um die Namen und Adressen derjenigen Straßenbahner zu erfahren, welche sich dem Verbandsangehörigen haben. Daß durch derartiges Vorgehen die Organisierung der Kollegen erschwert werde, ist klar, trotzdem werde es gelingen, nach und nach überall Boden zu gewinnen, was am besten dadurch bewiesen werde, daß in Dortmund zur Zeit 84 Kollegen organisiert seien.

Ein weiteres Hindernis bei der Agitation bilden auch die in fast allen Städten des Bezirkes noch bestehenden Fuhrmannsvereine, die sich ausschließlich auf Unterhaltung ihrer Mitglieder beschränken und zum größten Teil auf den Standpunkt der Harmonie zwischen Fuhrherrn und Knechten lebend, die Vertretungen unseres Verbandes bekämpfen resp. ihnen theilnahmslos gegenübersehen. Einige Mitglieder des Fuhrmannsvereins in Vochim haben es fertig gebracht, unsere Verbandsplakate in den Wirtschaften herumzuzerren, uns die Lokale abzutreiben; dadurch, daß sie den Wirthen erklärten, nicht mehr bei ihnen verkehren zu wollen, wenn sie uns ihre Lokale zur Verfügung stellen würden usw.

Rebner kommt zu dem Schlusse, daß trotz alledem der Organisationsgedanke Wurzel gefaßt habe und sich immer mehr ausbreiten werde. Wenn jeder überzeugte Kollege mitbiete, dann werde auch in den zurückgebliebenen

Rheinland, sowie in Westfalen der Verband sehr bald eine achtunggebietende Macht sein, mit der die Unternehmer zu rechnen haben werden.

In der äußerst regen Diskussion werden von den Vertretern der einzelnen Orte die Ausführungen Detmerings ergänzt resp. bestätigt, sowie eine Reihe von Wünschen im Verlaufe der Sprache geäußert, die wiederzugeben der Raum verbietet.

Unter Anderem wird seitens des Vochimer Delegierten auf die drücklichen Schwierigkeiten hingewiesen. Die letzte Versammlung habe beispielsweise nicht stattfinden können, weil der Wirth ein ehemaliger Fuhrmann — einige Tage vorher sämmtliche Gewerkschaften aus seinem Lokale geworfen und uns den Saal — trotzdem er gemietet nicht gegeben habe. (Selbstverständlich wird gegen den guten Mann auf Schadenersatz geklagt werden v. v.)

Von den Kölner Delegierten wird auf die schwierigen Verhältnisse hingewiesen und betont, daß die Organisation erst dann Fortschritte machen werde, wenn — durch Trennung des Ganges Rheinland-Westfalen — für Köln eine besondere Kraft zur Verfügung stehen werde. Da fürs Erste wohl daran noch nicht zu denken sei, wäre es wünschenswert, daß die Eberfelder Kollegen den Agitator etwas weniger in Anspruch nehmen möchten und ihm dadurch Gelegenheit gegeben würde, mehr als bisher seine Kraft anderen Orten widmen zu können. Diesem Wunsche aus die Eberfelder Kollegen schließt sich der Delegierte von Dortmund u. a. an. Hierauf gelangt nachherende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Konferenz erklärt sich mit der bisherigen Thätigkeit des Gauleiters einverstanden. Die Delegierten bejahen lebhaft die Theilnahmslosigkeit der Kollegen verschiedener Orte den Organisationsbestrebungen gegenüber; sie verpflichten sich, trotzdem auch in Zukunft unermüdet für die Ausbreitung des Verbandes thätig zu sein.“

Mit Entrüstung nehmen die Delegierten fernher Kenntnis von dem eigenartigen Vorgehen der behördlichen und Kollege-Organen der Organisation gegenüber. Die Delegierten verurtheilen dieses Vorgehen als gegen jedes Gerechtigkeitsgefühl verstoßend auf das allerhöchste.

„Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Wie bestreiten wir in Zukunft die Agitation?“, hielt Kollege Schumann das einleitende Referat. Derselbe schilberte zunächst kurz die Aufgaben der einzelnen Verbandsfunktionäre, dabei besonders hervorhebend, daß der Erfolg wesentlich davon abhängt, ob alle Vorkommnisse im Verlaufe auch in geschickter Weise für die Organisation ausgegütet werden. Aufgabe des Gauleiters, der Vorkommnisse z. z. sei es, den Mitgliedern mit Rath und That jederzeit hilfreich zur Seite zu stehen und dadurch den fernstehenden Kollegen zu beweisen, wie notwendig und vortheilhaft auch für sie der Eintritt in die Organisation sei. Sodann schilbert Rebner die Notwendigkeit der Klein-Agitation, die neben den Vorkommnissen der Versammlungen usw. ein der wichtigsten Mittel zur Stärkung der Organisation sei. Durch Abhalten von Betriebs- und Bezirksversammlungen werde oft mehr erreicht als durch große Versammlungen. Auch die Vorträge der mündlichen Agitation schilbert Rebner eingehend. Vor allen Dingen müßten alle Verbandsmitglieder den örtlichen Verwaltungen, sowie diese dem Gaubollnützlichen hilfreiche Hand leisten; nur wenn jeder Kollege mitarbeitete am Ausbau des Verbandes, werde es möglich sein, denselben auch in Rheinland-Westfalen auf eine achtunggebietende Höhe zu bringen. Der Zentralvorstand, so schloß Rebner, werde stets bemüht sein, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln mitzuhelfen am Ausbau der Organisation.

Nachdem in der hierauf folgenden Diskussion noch verschiedene örtliche Wünsche bezüglich der Agitation zum Ausdruck gebracht und von Schumann, sowie Detmering entsprechende Erklärungen abgegeben waren, gelangte nachherender Antrag zur Annahme:

„Die Gaukonferenz ist mit dem Antrage der Kölner Kollegen auf Schaffung eines Ganges Rheinland und Anstellung eines Agitators, mit dem Siege in Köln, einverstanden und empfindet denselben dem Zentralvorstande, sowie der in nächsten Jahre stattfindenden Verbands-Gaukonferenz.“

Die Konferenz beschließt außerdem, zur Unterstützung des Gauleiters eine dreiköpfige Kommission zu wählen, welche die Verpflichtung hat, jederzeit hilfreich bei der Agitation einzugreifen. In diese Kommission werden die Kollegen Geß-Dortmund und Grape-Eberfeld gewählt, die Wahl des dritten Kollegen wird der Kölner Mitgliedschaft überlassen.

Nach einem ermunternden Schlusswort an die Kollegen, in der Agitation nicht nachzulassen, sondern unentwegt für Ausbreitung des Verbandes thätig zu sein, schloß Schumann die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband.

Aus unserem Beruf.

Vierführer.

Wandsbeck. Auf der Brauerei „Germania“ wurde der Kuttcher Hagen aus dem Grunde entlassen, weil er sich weigerte, die zwischen den Brauereien und den Arbeitern getroffenen Abmachungen zu durchbrechen (Ges aus dem Keller zu holen z.). Unsere Organisation, welche dies als Maßregelung betrachtete, wandte sich an das Wandsbeker Gewerkschaftsamt, um Vermittlung in dieser Angelegenheit. Der Direktor vorgenannter Brauerei, Herr Krandski, hat mit diesen Worten erklären müssen, daß die schöne Zeit vorüber sei, wo er unbedenkliche Differenzpunkte allein aus der Welt schaffen konnte, denn er hat die Vermittler an den Verband der Brauereien von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgebung gegen Berufserklärungen verwiesen, der detailliert vollständig im Fahrweise der Schafmaderer segelt und von dessen Geiß wehert ist. Auch sind schon schwarze Listen in Umlauf gesetzt, was daraus ersichtlich ist, daß dem gemäßigten Kuttcher in einer Brauerei gesagt wurde, man dürfe ihn nicht anstellen, da dies gegen die Verbandsstatuten verstößen würde.

Kollegen! Ihr müßt doch nun selbst einsehen, daß nur durch eine feste Organisation andere Zustände geschaffen werden können. Deshalb nochmals, Kollegen, Alle hinein in den Verband.

Fahrschulfführer.

Berlin. Abermals sind wir gezwungen, uns mit den Zuständen im Kaufhause Friedrichstr. zu beschäftigen. Der dort fungierende Inspektor hat zwei Kollegen entlassen mit den Worten: „Sie gehören dem Verbands an, wir können Sie nicht gebrauchen.“ Außerdem erlaubte sich derselbe Herr Veremtingen wie: „Was nützt Euch der Verband, das Streiten bringt Euch ja doch nichts Gutes. Ich nehme meine Leute einfach von der Straße und lerne ihnen das Fahren, gepörrte Leute nehme ich einfach nicht.“ Thatsächlich ist auch zur Zeit im Hause ein Fahrschulfführer beschäftigt, der das polizeilich vorgeschriebene Alter von 18 Jahren noch nicht erreicht hat. Der Herr „Inspektor“, der ja weiter auch nichts als ein gewöhnlicher Arbeiter ist, soll nur nicht zu sehr rigoros werden, es könnte eine Zeit kommen, in der ihm seitens des Verbandes mal so auf die Finger geklopft wird, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Der Verband ist schon mit ganz anderen Leuten fertig geworden.

Fensterputzer.

Dresden. Eine öffentliche Fensterputzerversammlung fand am Montag, den 17. März, im Saale des Wüandner Hofes statt. Herr Redakteur Fleischer hielt einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation.“ Alsdann besprach Kollege Abram Müller die Lage der Fensterputzer. Beide Referenten wiesen darauf hin, daß es für die Kollegen nur ein Mittel gibt, ihre miserable Lage zu verbessern, nämlich den Anschluß an die Organisation, dann kann Vieles erreicht werden. In der äußerst lebhaften Debatte sprach Kollege Müller gegen die Preisdrückerei und fordert alle Kollegen auf, jederzeit darauf zu bestehen, daß die Fenster ausgemauert werden, damit nicht soviel Bruch vorkommt. Kollege Kottendorfer freut sich, nach langer Zeit die Kollegen wieder einmal in einer Versammlung begrüßen zu können und betont, daß die Kollegen an ihrer miserablen Lage selbst schuld sind. John kritisiert die Preisdrückerei des Kollegen Loupaul. In seinem Schlusswort legt Fleischer den Kollegen ans Herz, nicht die Klimbinvereine zu frequentieren, sondern allesamt der Organisation beizutreten und alsdann die Mitgliedschaft zu befestigen und die Verhältnisse zu verbessern. Alsdann wird laut einstimmigem Beschlusse die Sektionsleitung beauftragt, über die Regulierung der Preise und Arbeitsnachweis mit den Herrn Unternehmern Rücksprache zu nehmen. Ferner wird beschlossen, jeden dritten Montag nach dem ersten des Kalendermonats im Gasthaus zum Senefelder eine Versammlung abzuhalten. Hierauf erfolgte Schluss der von über 100 Personen besuchten Versammlung und ließen sich alsdann wieder eine Anzahl Kollegen in unseren Verband als Mitglieder aufnehmen.

Köln, 23. März 1902. „Internationales Zentralblatt für Reinigungs-, Putz- und verwandte Geschäftszweige“, so nennt sich das Organ des Verbandes der Glasreinigungs-Unternehmer Deutschlands. Ein mit 6. unterzeichneter Artikel beschäftigt sich in der Januar-Nummer des genannten Blattes in gehäffigen und schadenfrohen Tone mit dem vorigen September von den Berliner Gehilfen gegründeten Zentralverbande der Fensterputzer Deutschlands. Der Verfasser hält nur 20 Prozent der Bürger für organisationsfähig, die übrigen, meint er, ständen auf einer sehr niedrigen Kulturstufe. Diese Behauptung ist falsch. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Fensterputzer der Organisation viel Verständniß entgegenbringen und sehr gut zu organisieren sind. Weiter meint der Verfasser, es würde sich wohl schwerlich jemand finden, der sich der Mühe unterziehen würde, die Unwissenheit auf einem Verbands heranzuziehen. Der Herr mag sich beruhigen, die Leute waren schon längst da, denn das Bedürfnis, einem Verbands beizutreten, ging zuerst von den Kölner Kollegen aus. Bereits im Dezember 1900, also lange vorher, ehe die Berliner Kollegen an die Gründung eines speziellen Verbandes der Fensterputzer dachten, traten die Kollegen Kölns dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter Deutschlands bei und gründeten eine eigene Sektion. Die Kollegen in Hannover, Breslau, Leipzig, Zettin folgten nach. Heute liegen die Dinge so, daß die größeren Städte Deutschlands fast sämtlich den genannten Verbands sich angeschlossen haben. Dies erfolgte alles in einer verhältnismäßig kurzen Zeit. Als die Berliner Gehilfenhaft dann die Gründung eines Zentralverbandes der Fensterputzer plante, waren wir diejenigen, die gegen eine derartige Gründung energisch protestierten. Wir hielten einen derartigen Verband, wo vielleicht einige Tausend Kollegen in Betracht kamen, für nicht lebensfähig und riefen den Berliner, sich dem größeren Verbands, dem wir uns angeschlossen und der uns einen festen Rückhalt bot, beizutreten. Die Berliner Kollegen sind denn auch unserem Beispiel gefolgt und daß sie das so bald gethan, hat uns sehr gefreut. Sie zeigen das durch wieder einmal, daß sie nicht auf der niederen Kulturstufe stehen, wie der Artikeldreher sie hinstellt.

Zum Schlusse des genannten Artikels meint der Verfasser, daß eine Organisation der Fensterputzer nur durch die Unternehmer gegründet und geleitet werden könne. O du heilige Ginfalt! Das würde den Herren in den Kram passen; ein Verbandschen unter der Oberhoheit der Herren Prinzipale. Nein, dafür danken die Kollegen. Sie wissen wo sie hingehören, nämlich in einen Verband, der ihre Interessen wahr, und daß das der Verband der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter thut, das hat er bewiesen. Das Unternehmer-Organ spricht übrigens nach Art der Schafmadererblätter gern in wegwerfender Weise von den Arbeitern. Der Ausdruck „Gefindel, Gellicher z.“ findet man hin und wieder. Daß Elemente in unseren Reihen sind, die uns auch nicht passen, daran sind in erster Linie die Unternehmern zum großen Teil selbst Schuld. Durch schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, durch ungerechte Verbands-

lung werden vielfach anständige tüchtige Arbeiter weggetrieben. Hat man dann Arbeitermangel, holt man sich das Gesindel von der Berge; diese Art Leute arbeiten ja billig. Das Unternehmervolk giebt ja selbst zu, daß das Letztere vielfach geschieht. Im Uebrigen wollen wir bemerken, daß die Herren Prinzipale noch lange nicht alle zu den Ehrenmännern gehören; wir kennen genug Beispiele in dieser Hinsicht. Wir sind bis jetzt mit der Organisation unter den Kollegen zufrieden. Wir fordern aber Alle dringend auf, nicht eher zu rufen, bis wir Alle im Verbands vereinigt sind; dann haben wir auch Zustimmung, unsere Lage so zu bessern, wie sie sein soll. „Allo Kollegen, agitiert eifrig für unseren Verband!“

Handelsarbeiter.

Berlin. Wie die Stellung manchmal aussehe, die man unseren Kollegen anzubieten mag, dafür hier ein drastisches Beispiel.

Conrad & Grübler
Fabrik für Vaconapparate zc.
Installation von Bade- und Heizungsanlagen.
Berlin S., Weststr. 14/15.

Sie bemerken sich um die im Vert. Lokal-Anzeiger v. 20. Febr. unter Cf 306 ausgesprochene Klagenstellung.

Die Stelle ist dauernd, doch ist nicht alltäglich, sondern im Monat nur 5-10 Tage zu fahrten, weshalb die Honorierung auch tags bez. stundenweise geschieht. Sie wollen gest., falls Sie unter diesen Umständen noch Respektant sind, ausführlich Mitteilung über Ihr Alter, Beruf, bisherige Beschäftigung zc. umgehend schriftlich an uns gelangen lassen; ebenso wollen Sie angeben, ob Sie circa Mt. 2000,- Kautions (die beliebig wiederbestellt behinterlegt wird) leisten können und welche Gehaltsansprüche Sie stellen. Falls Sie radfahren und eigenes Rad zu den Touren benutzen wollen, bitten wir dies zu bemerken.

Hochachtung
Conrad & Grübler.

Selbstverständlich hat der betreffende Kollege auf diese gut dotierte Stellung verzichtet, konnte er doch höchstens seine paar Notopferlinge dabei noch los werden. Bezeichnend ist aber, daß man es überhaupt mag, einem Menschen mit gesundem Verstande derartige Bedingungen zumuthen. Lediglich die Thatsache, daß solch ausgeprägte Unternehmer die herrschende Arbeitslosigkeit für ihren Gehalt ausnützen wollen, magt berartige Offerten verständlich.

Berlin. Gegen den 6 Uhr-Vollschluß wendet sich der Verein der hiesigen Herren- und Knabenkonfektionsfirmen (Sugros). Es sind die alten Kamellen, die dieser Verein gegen den 6 Uhr-Vollschluß vorzubringen vermag. Die allgemeine Einführung des 6 Uhr-Geschäftsschlusses hält dieser Verein für erntendwerth, ist aber in der Praxis auch nicht dafür zu haben. Die Zahl der Gegner der genannten Reformen in Unternehmertreffen mehren sich, desto zäher und ausdauernder müssen sich aber die Handelsarbeiter in den Dienst der guten Sache stellen.

Berlin S.-Zoll. Der Leiter des Waarenhauses Gebrüder Parafsch ist von der dritten Strafkammer des Landgerichts zu Weihen wegen Uebertretung des Reinheitsgesetzes, der Mindest-Mittagspaus und der Sonntagsruhe zu 400 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Der Mann ist in Anbetracht der dreifachen Gefesübertretung recht billig davonkommen. Hoffentlich trägt aber das Urtheil dazu bei, daß die betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung in Zukunft etwas mehr als bisher von den Prinzipalen und ihren Vertretern beachtet werden. Unsere Kollegen werden aber gut thun, auch in Zukunft etwaige Uebertretungsfälle dem Staatsanwalt zur Kenntnis zu bringen.

Breslau. Ein herrliches Kunststück begingen am 3. d. M. unsere „Blauen“ oder wie sie sich recht stolz nennen: Der Verband der Handelsreisenden Breslaus. Für diesen Tag hatten sie eine öffentliche Versammlung in den „Blauen“ Kirch einberufen und die Berufsangehörigen, mit Ausnahme der Mitglieder des Zentralverbandes des Handels, Transport- und Wertheisarbeiter, eingeladen.

Da nun aber seitens der Herren Dittfeld, Zih, Bohl, Probst u. A. persönlich Mitglieder unseres Verbandes eingeladen waren, und solche auch hingingen, der Kaiser des „Lokalvereins“, Bohl, mehrere Kollegen selbst von der Strafe heraufholte, dieselben aber an der Thür von denselben Herren heranzugreifen wurden, so weiß man eigentlich nicht, wie man diese Freundlichkeit eigentlich richtig bezeichnen soll. Diese Herren wollen aber außerdem noch Sozialdemokraten sein, und bringen es fertig, organisierte Berufsangehörige in dieser Weise zu behandeln. Den Herren Dittfeld, Bohl usw. blieb es vorbehalten, zum erstenmale wohl so lange eine Arbeiterbewegung giebt, von einer öffentlichen Versammlung organisierter Berufsangehörige, die man selbst persönlich eingeladen hatte, auszuweisen.

Nun, wir beneiden die Herren um dieses Kunststück nicht; die Breslauer Arbeiterchaft aber, und namentlich die Berufskollegen werden ihnen hoffentlich mit der notwendigen Vorsicht begegnen. Und unsern Mitgliedern empfehlen wir auf das dringendste, alle Veranstaltungen des „Verbandes“?? der Handelsreisenden auf das strengste zu meiden.

Richtensfeld L. A. Zu der hiesigen Seifenfabrik sind Bader und Baderinnen beschäftigt. Lohn für Mädchen 6-7 Mk., für Männer 10, 12-13 Mk. wöchentlich. Die Arbeit ist sehr ungesund, weil fortwährend in Räumen gearbeitet werden muß, die in keiner Weise den einfachsten hygienischen Anforderungen entsprechen. Außerdem befindet sich an Ort noch ein Sägewerk mit etwa 70 Arbeitern. Die Arbeitszeit ist dort von 6-6 Uhr, Lohn 1,40 bis 1,70 Mk. pro Tag. Wer während der Arbeitszeit Bier trinkt, begibt erst 25 Pf., dann 1 Mk. Strafe und wird beim drittenmale entlassen. Die Arbeit, das Transportieren der Holzstämme, ist sehr schwer und gefährlich. In der Saison wird von 6 Uhr früh bis 10 Uhr Abends

gearbeitet; Bauen giebt es nicht, und muß während der Arbeit geessen werden. Das geringste Vergehen wird mit Strafen belegt. Die Kollegen wollen sich der Organisation anschließen, um mit Hilfe dieser eine Besserung der Zustände herbeizuführen.

München. Zu einer großartigen Demonstration für die Sonntagsruhe gestaltete sich die Versammlung, welche kürzlich im „Kind-Keller“ stattfand und die von mehr als 6000 Personen besucht war.

Zum ersten Punkt: „Warum verlangen wir die Sonntagsruhe?“ sprach ein Handelsangestellter, Hans Oberkauf, der u. A. ausführte, daß der Sonntag als Ruhetag dazu diene, die körperliche und geistige Gesundheit für die beginnende Woche neu zu kräftigen. Er weist auf das Beispiel Englands und Amerikas hin und ist der Meinung, daß durch die allgemeine Einführung der Sonntagsruhe der Groß- und Kleinhandel nicht Schaden leide und deshalb die Prinzipale die gerechte Forderung unterstützen würden. Redner richtet den Appell an die Handelsangestellten, einmüthig in der Frage der Sonntagsruhe zusammen zu stehen.

Fraülein Rosa Stahl, als zweite Rednerin, erwartet von dem „guten Herzen“ des Münchener Magistrats die erkante Bestimmung, welche die Sonntagsruhe regeln soll. Der Antrag werde durch den Sonntagslabenschluß in seiner Weise altert, und was die Landbevölkerung anlangt, so beste diese mit Rücksicht auf die Märkte und Schranken ihren Bedarf mit Vorliebe an den Wochenenden.

Kollege Dohler vertritt die Forderung der Sonntagsruhe für die Handelschiffs- und Transportarbeiter und schildert die auf Grund der jüngsten Erhebungen bekannt gewordene lange Arbeitszeit dieser Arbeiterkategorie an Wochen- und Sonntagen. Die Handelschiffsarbeiter seien zum großen Theil noch der Gebindeordnung unterstellt, was die mangelnde soziale Ansicht des Staates bekunde. Von Seite unserer Arbeitgeber hätten wir nach dieser Richtung hin nichts zu schaffen. Während die gewerblichen Arbeiter den achttündigen Arbeitstag verlangen, mußte man den Handelschiffsarbeitern zu an Sonntagen acht Stunden zu arbeiten. Redner ist der Ueberzeugung, daß die Frage der Sonntagsruhe nur auf reichsgesetzlichem Wege Erledigung finden könne. Privatdozent Dr. theol. Franz Walter führt aus, daß, bevor ein einziger Sozialpolitiker daran denken könnte, die Gründe für und gegen die Sonntagsruhe zu besprechen, ein Arzt die hygienischen Gründe darlegen konnte, die Sonntagsruhe bereits von jeher als göttliches Gebot bestanden habe.

Der protestantische Pfarrer S. Vembert meint, daß nur im Zusammenhang mit unserer Herrgott der Sonntag als Ruhetag in die drüselige Menschheit gebrungen sei; die heidnischen Völker hätten keinen Sonntag gehabt.

Herr Dr. med. Eduard Hirt beleuchtet die Sonntagsruhe vom Standpunkte des Arztes und betont die große Verbreitung der Nervenkrantheiten innerhalb der Kaufleute, welche größtentheils durch geistige Ueberanstrengung herbeigeführt worden sei. Er schildert weiter den Zusammenhang dieser nervösen Erkrankungen mit verschiedenen anderen Kranktheitsformen und kommt zu dem Schluß, daß die mögliche Verhinderung der Ueberanstrengung nöthig sei, um uns widerstandsfähig im heutigen Kampf ums Dasein zu erhalten.

Die Sonntagsruhe vom sozialpolitischen und allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt behandelte Herr Doktor Arthur Cohen. Er führte aus, daß die Durchführung der Sonntagsruhe eine Kulturfrage sei. Es sei nicht möglich, den an die Arbeiter gestellten hohen Anforderungen Genüge zu leisten, wenn diese Tag für Tag an die Dreimihle der Arbeit gespannt seien.

Vom Standpunkte des Geschäftsinhabers besprach die Sonntagsruhe Herr Frh. Baumgärtner, der berechtigte Interessen gern berücksichtigte, im Allgemeinen aber die Sonntagsruhe für sehr wohl durchführbar erachtete.

Als letzter Redner sprach Herr Dr. med. G. Brendel über die rechte Verwendung der Sonntagsruhe. Er will den Sonntag in den Dienst der Bepflegung unserer Gefühle und der Gesundheitspflege gestellt wissen.

Nach einer bis nahezu 1 Uhr morgens dauernden Diskussion, in der auch Arbeitersekretär Timm die Schaffung einer einheitlichen Reichsgesetzgebung betonte, wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die am 2. April im großen Saale des Münchener Kind-Kellers versammelten Angestellten (Gehilfen, Gehilfinnen, Hilfsarbeiter) und Geschäftsinhaber des Handelszweiges fordern vollständige Sonntagsruhe mit einzelnen Ausnahmen für den Kleinhandel der Nahrungsmittel- und Genussmittelbranche — im Interesse der Gesundheit, der Erfüllung religiöser Pflichten und der Fortbildung. Nach sechs Tagen Arbeit, ein Tag vollständiger Ruhe ist zu einem menschenwürdigen Dasein unbedingt notwendig. Die Versammlung stellt daher an die städtischen Kollegien das Verlangen, diesem berechtigten Wunsche durch Erlass eines entsprechenden Dekretes unter Anwendung des § 105b Abs. II zu willfahren. Die Versammlung weist sich hierin eins mit der gesamten einsichtigen Bevölkerung Münchens und mit allen politischen und wirtschaftlichen Richtungen.“

Strassenbahner.

Berlin. Die Aktionäre der „Großen Berliner“ hielten kürzlich ihre General-Versammlung ab. Seitens unserer Organisation waren zu derselben die Kollegen Kahler, Schulzki und Rathmann delegirt. Der Bericht der Direktion veranlaßte diese Kollegen, mal anzufragen, wieso denn eigentlich die Direktion dem Arbeiter-Verein so viel Sympathie zuwendet, daß sie ihn sogar in einer Summe von 3000 Mk. und einer Fahne beglückt habe. Direktor Mide ging trotz seiner sonstigen Schwauheit ins Garn. Er merkte nicht, daß Kahler und Schulzki ein bischen Komödie spielten und ihre Entzählung über diese Sache nur eine eingefälschte war, wobei dessen entziffelte dem Gehege seiner Zähne das Gehändnis: „Der Verein der Angestellten vertritt lediglich das Interesse der Gesellschaft und bei solchen Vereinen sei nun mal Fahne, Mustschor und Gesangverein sozusagen als Ait notwendig.“ Das

war wirklich hübsch von Herrn Mide, daß er so gut war uns zu bestätigen, was wir vom Arbeiter-Verein schon immer behauptet haben. Die Herrschaften können jetzt den wirklichen Zweck des Vereins nicht mehr in Worte stellen. Nachträglich scheint Herr Mide seine vorlaute Offenheit gerent zu haben und einer seiner Bestfalls mußte in der „Straßenbahn“, die den Angestellten tolllos zudienend zugestiftet wird, die Kleinerung abgeteilt oder vielmehr angenehm ausstatten. Da der Uebertreter aber kein Meister im Redigieren zu sein scheint, merkte man den Uebertreter trotz aller Drehungen und Wendungen doch noch sehr heraus.

Der Mide muß sich künftig in solchen Sachen an Wolff's Telegraphen-Bureau wenden, dort sind doch noch entsprechende fähigere Redaktoren für solche Dinge vorhanden.

Aus dem Bericht wollen wir hervorheben, daß 1901 rund 282 800 000 Personen auf den Linien der Gesellschaft befördert wurden, somit ein Mehr von rund 46 500 000 gegen das Vorjahr. Dabei wurden 65 682 251 Wagenkilometer gefahren. Das Betriebsergebnis betrug 27 057 416,17 Mk.

Die Mehrausgaben auf Lohn- und Gehaltskonto betragen 527 975,46 Mk.; sie sind in erster Linie auf die im Jahre 1900 bewilligte allgemeine erhebliche Aufbesserung der Dienstbezüge und die Verkürzung der Dienstzeit unserer Angestellten zurückzuführen.“ Für das Jahr 1900 betrug die Steigerung desselben Kontos bereits 1 072 712,42 Mk.; das sind also insgesamt 1 600 687,88 Mk., die unser Verband an Mehrlohn den Strassenbahnern erungen.

Am Ende des Betriebsjahres wurden beschäftigt 7546 Personen. Die Ruhegehaltskasse besitzt ein Gesamtvermögen von 1 651 690,11 Mk.

Für Dienstfahrten der Angestellten, also für die Geheimkontrolle, wurde das nette Stämmchen von 719 Mk. ausgegeben; die Kollegen können sich daraus berechnen, wie oft sie einer solchen Kontrolle ausgelegt sind.

Direktion und Beamte erhielten an Lohntieme 292 001 Mk. Der Aufsichtsrath 125 551,65 Mk. Die Aktionäre an Dividenden 5 146 875 Mk. Die Herrschaften haben also keine Noth gelitten.

Die Gehälter der Direktoren sind so hoch, daß Herr Arnhold, der Vorsitzende des Aufsichtsrathes, es gar nicht magte, diese den Aktionären bekannt zu geben; er glaubte wahrscheinlich, die betreffenden Angaben würden unter den Angestellten aufreißend wirken. Aus unser Quelle können wir verrathen, daß Herr Mide ein Jahresgehalt von nur 100 000 Mk. bezieht, genau so viel wie der deutsche Reichszantler, und Herr Kahler gar nur 50 000 Mk. und 4000 Mk. Trinkgelde für die Verwaltung der Strassenbahn-Vereinsgenossenschaft, also auch etwas mehr als ein preussischer Minister.

Die „Große Berliner“ macht übrigens neuerdings in Sozialreform. Mit der Zeitgehe hat sie sich selber auf die Finger geklopft und daher verurtheilt sie es jetzt mit dem Zinzerbrod. Sie hat der Baugenossenschaft der Angestellten, ebenfalls eine Arbeiter-Gründung, 280 000 Mk. Kapital zu niedrigem Zinsfuß gepumpt. Natürlich dient auch diese Genossenschaft nur den Interessen der Gesellschaft und nicht denen der Angestellten. Spätere Zeiten werden lehren, daß wir auch hier, wie sonst, nur zu sehr Recht gehabt haben.

Das Vinsko des christlichen Strassenbahner-Verbandes. Dem kath. „Arbeiter“ entnehmen wir folgende Noth:

„Das Personal der Strassenbahn in Düsseldorf sieht mit Sorge dem kommenden Herbst entgegen. Aus Anlaß der Ausstellung wird dort im kommenden Sommer ein 2 1/2-Minutenbetrieb eingeführt. Um dies zu ermöglichen, wird das gegenwärtige Personal um die Hälfte erhöht. Da nach Schluß der Ausstellung ebensoviele Leute wieder entlassen werden, befürchten die älteren Beamten, die Verwaltung werde zum Herbst unter dem alten, zum Theil organisierten Personal aufträumen und das neu angeworbene behalten.“

Düsseldorf ist bekanntlich der Sitz des christlichen Strassenbahnerverbandes. Dort befindet sich auch die Zentralleitung. Die Unternehmer werfen einfach die führenden Vorstandsmitglieder aufs Wasser, vorausgesetzt, daß damit der Anfang vom Ende des christlichen Strassenbahnerverbandes beginnt. Man rednet darauf, daß in Folge der Maßregelungen die sowieso nicht allzu müthigen Mitglieder ganz und gar das Daseinpanier ergreifen werden und so das bische Organisation auf den Aussterbeetat gesetzt wird.

Das ist also die Folge des Verrathens, der Liebäugelei mit dem Unternehmertum. Die Kapitalisten fragen den Teufel danach, ob eine Arbeiterorganisation christlich oder sonst was ist, sie versuchen sie zu vernichten, wenn ihnen dieses legend möglich ist. Diese Herrschaften haben nur Respekt vor einem Verbands, der — trakt seiner Stärke, — wenn's notwendig ist, ihnen die Zähne zeigen kann. Die Strassenbahner werden daher gut thun, sich einer solchen Organisation anzuschließen und die christlichen Wächter mit den Fels, aber mach mich nicht nach Verbände zu meiden, denn dort sind sie uenants, wie Figura zeigt, vor Maßregelung sicher, gegen welche die christliche Organisation trotz aller Vorstandsvorschreie nichts zu thun vermag.

Da spielt unser Verband denn doch mit den Unternehmern ein anderes Redchen.

Rönigsberg i. Pr. Auch die hiesigen Strassenbahner begannen endlich zu erwachen. In der Nacht zum 5. April fand eine große Versammlung statt. Von dem ca. 250 Führern und Schaffnern der städtischen Strassenbahn waren über 200 anwesend. Auch einige Kontrolleure wohnten der Versammlung bei. Erst um 12 Uhr nachts konnte die Versammlung eröffnet werden, weil erst kurz vorher die meisten eintrafen. Ein großer Theil kam aber noch später. Und dabei kamen alle direkt vom Dienst und hatten sich noch bedeutend beeilt, fertig zu werden!

Unser Genosse Vordardt hatte das Referat über-

nommen und führte ungefähr folgendes aus:

Die Stellung eines Straßenbauers wird von manchem für leicht angesehen; es scheint, als ob das bloße Stehen auf dem Wagen keine schwere Arbeit sein könne. In Wirklichkeit ist sie sehr schwer. Denn die mangelhafte schärfste Aufmerksamkeit mit Anspannung aller Nerven trennt den Körper unbewußt ebenso sehr ab, wie schwere körperliche Arbeit. Dazu kommt die ungeliebte Verantwortung. Auch erfordert das Sprengen mit der Hand große Kraftanstrengung. In anderen Städten sind mechanische Pressen mit elektrischem Antrieb in Gebrauch. Warum werden sie nicht auch in Königsberg eingeführt? Haben sie sich nicht bewährt oder sind sie vielleicht nur zu teuer? Auch ist es keine Kleinigkeit, bei eiskaltem Winde in schneller Fahrt den ganzen Tag über vorn auf dem Wagen zu stehen. In Danzig sind die Wagen vorn und hinten durch Fenster abgeschlossen, so daß Kälte und Schmutz vor dem Winde vollkommen geschützt sind. Das sollte doch in Königsberg auch wohl möglich sein. — Wie sind nun die gestellt, die so schweren und verantwortlichen Dienst verrichten? Man sollte meinen, das erste und wichtigste wäre hier kurze Arbeitszeit. Haben wir nicht alle technischen Vorkenntnisse, die in möglich sind, um den Dienst zu erleichtern, um, so müssen die Leute wenigstens möglichst kurze Zeit täglich angepannt sein. (Cina acht Stunden jeden Tag) läßt sich schließlich der schwerste Dienst aushalten. Dies ist nun so wichtiger, weil ja auch die Sicherheit des Publikums in Betracht kommt. Übermüdete Leute werden leicht Unfälle ausrufen. Aber leider! Seit dem 25. März wechelt die ganze Stadt, wie wohl unsere Straßenbauer von einer solchen Arbeitszeit entlassen sind. Fast doppelt so lange müssen sie arbeiten; von morgens 1/7 bis abends 11 Uhr müssen sie fahren mit nur 2 Stunden Pause; das macht also 14—15 Stunden! So geht es zwei Tage hintereinander. Am dritten Tage wird sechs Stunden gefahren. Also dieser halbe Arbeitstag weist noch so viel Arbeit auf, wie eigentlich ein ganzer Arbeitstag haben müßte. Dann aber hat der Straßenbauer nicht einmal in jeder Woche einen Tag frei. Erst der neunte Tag ist frei, und selbst an diesem muß er, wenn erforderlich, Dienst thun. Ob es erforderlich ist, bestimmt natürlich nur die Betriebsleitung. Das ist entschieden zu viel. Es ist auch eine zu unregelmäßige Einteilung. Der dritte Tag mit seinen 6 Arbeitsstunden ist kein richtiger Ruhe- und Erholungstag. Eine regelmäßige Arbeitszeit Tag für Tag muß gefordert werden und in jeder Woche ein ganzer freier Tag. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Braun hat dies in der Stadtverordneten-Versammlung beantragt und die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden mit Schichtwechsel benehnen. In der Stadtverordneten-Versammlung muß jeder Antrag, ehe er an die öffentliche Sitzung kommt, erlitten von einer Abtheilung der Stadtverordneten durchgesehen werden. Als nun der Antrag Braun an die Abtheilung kam, wurde er von den liberalen Stadtverordneten abgelehnt, weil er zu viel kosten würde. Am nächsten Tage, in der öffentlichen Sitzung, sagte Braun: „Die Straßenbahnen darf doch nicht nur ein Ausbeutungsbetrieb sein.“ Da rief einer der liberalen Herren daswischen: „Gemeinlich ist das, was soll sie denn sonst sein?“ Dieser Zusatzruf zeigt klar, wie die Stadtverordneten insgesamt denken, mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten: Die Straßenbahn soll Geld einbringen, alles andere ist Nebensache. An die Angestellten wird deshalb von jenen Herren niemand denken, denn sie kosten ja Geld. Das ist aber ein kleinlicher Krämmerstandpunkt, so denkt ein schlechter Kaufmann. Denn, wenn infolge der Übermüdung am Abend des zweiten Arbeitstages einige Unfälle passiren, so kann das leicht mehr kosten, als die ganze Reform, die wir verlangen. Unsere Stadtverwaltung nennt sich mit Recht liberal. Nun, gerade die Liberalen machen mit Recht der Eisenbahnverwaltung große Vorwürfe, wenn sie am Personal spart und dadurch Unfälle verurteilt. Was man dort tadelt, darf man nicht selbst thun.

Außer der kürzeren Arbeitszeit muß auch höherer Lohn verlangt werden. Freilich sind in Königsberg die Löhne allgemein sehr niedrig. Aber nur der privatarbitraristische, kalt berechnende Geschäftsmann fragt: „Wieviel muß ich zahlen, um überhaupt Leute zu bekommen?“ Wer an das allgemeine Wohl denkt, der muß fragen: „Wieviel braucht der Arbeiter, um auskömmlich zu leben?“ Die Müller bekommen im ersten Jahr 250 Mk. pro Tag, das sind 15—17,50 Mk. die Woche. Es war in letzter Zeit in der Stadtverordneten-Versammlung viel die Rede von den Löhnen der städtischen Arbeiter. Da that man immer so, als wenn 15 Mk. ganz auskömmlich sei, und 18—20 Mk. soll gar schon ein hoher Lohn sein. Ich behaupte, daß selbst 20 Mk. pro Woche noch ein Hungerlohn ist, und wer das Gegenteil behauptet, der soll erst selbst einmal versuchen, mit 20 Mk. die Woche zu leben. Nun steigt freilich der Lohn der Schaffner bis auf 4 Mk. pro Tag, aber in welcher Zeit? In 15 Jahren! Das ist viel zu langsam.

Des weitern muß der Straßenbahner alle Jahr einen Urlaub von 8 bis 14 Tagen haben, mit voller Gehaltszahlung. Der Mensch, der Tag für Tag, Jahr aus Jahr ein an den Dienst gefesselt ist, lebt nicht wie ein Mensch, sondern wie ein Arbeitstier. Andere Leute haben ja auch Urlaub, so z. B. unser Stadtverordneter-Vorsteher, auch unser Oberbürgermeister. Sie haben ganz Recht, wer redlich arbeitet, hat auch Anspruch auf Urlaub. Aber das gilt für die Straßenbahner auch.

Endlich sollen die Polizeistrafen von der Betriebskasse bezahlt werden. Die Straßenbahner müssen sich organisiren. Sie können das ohne Befragung thun, denn Herr Stadtrat Tiefen hat feierlich an Magistratsbüro erklärt, daß kein städtischer Arbeiter gemahngt wird, weil er seiner Liebeszeugung Ausdruck giebt. — Dann aber müssen die Straßenbahner alle dem Verband der Verkehrsarbeiter beitreten. Dieser Verband bezweckt den Zusammenschluß aller Verkehrsarbeiter, um mit vereinten Kräften die Forderungen durchzusetzen, welche zur Verbesserung der Lage der Verkehrsarbeiter gestellt werden.

Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die versammelten Angestellten der städtischen elektrischen Straßenbahn erklären, daß sie die in den Anträgen des Stadtverordneten Braun enthaltenen Forderungen als das Mindestmaß dessen ansehen, was zur Verbesserung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse notwendig erscheint. Die Versammelten geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadtverordnetenversammlung den Anträgen zustimmen wird.

Stuttgart. Am Dienstag, den 18. März, fand die Generalversammlung der Pensionisten der Angestellten der Stuttgarter Straßenbahn statt, die sehr zahlreich besucht war. Als Vertreter der Firma war der Herr Geh. Kommerzienrath Plamm anwesend. Derselbe eröffnete die Versammlung und gab zunächst den Kassenbericht, der im Allgemeinen als gut zu bezeichnen ist. Das Vermögen der Kasse beträgt sonach nach 5 jährigen Bestehen ca. 110 000 Mk. Eine andere Stimmung machte sich jedoch bemerkbar, als der Herr Kommerzienrath die Bezüge der zur Zeit Pensionirten bekannt gab. Hiernach erhielt nämlich die Frau des verstorbenen Hauptbuchhalters Post die Summe von jährlich ca. 900 Mk., währenddem der Schaffner Schiedt, der ungefähr 30 Jahre lang im Dienst der Straßenbahn stand, ganze sage und schreibe 110 Mk. erhält. Aufschließend daran machte der Herr Kommerzienrath bekannt, daß dem Antrag, der im vorigen Jahre von einigen älteren Kollegen gestellt wurde, nämlich die Beiträge der Bediensteten zu genannter Kasse von 2 auf 3 Pct. zu erhöhen, bis jetzt noch nicht stattgegeben werden konnte. Es müßte hier zuerst eine genaue Untersuchung angestellt werden, was dann die Kasse leisten könnte. Hierzu brauche man einen Mathematiker, dieser brauche zu dieser Arbeit 4 Monate. Die Untersuchung sei jedoch im Gange. Die Kollegen können sehen, wie vorläufig die Herren sind, wenn sie meinen, ihre großen Vorrechte könnten vielleicht im ein Paar geschmalert werden.

Bei der Anfrage, ob von den Bediensteten jemand das Wort wünsche, verlangte der Schaffner Weiland das Wort. Mit seinen Ausführungen können wir uns jedoch nicht einverstanden erklären. Es waren so einige schöne Worte des Lobes auf die Straßenbahndirektion. So z. B.: der Herr Kommerzienrath habe stets ein offenes Ohr gehabt für die Straßenbahndienstlichen. (Wann?) Nachdem Jemand weiter das Wort verlangte, schloß der Herr Kommerzienrath die Versammlung mit dem Wunsch, daß wir noch einige Zeit genüßlich bei einander sein mögen. Hiernach wurden noch ein paar patriotische Nieder gesungen, z. B. die Nacht am Rhein u. s. w. Als sich dann der Kommerzienrath zum Aufbruch rüstete, trug der Schaffner sich seinen ausgiebigsten gelehrten Dankspruch vor, in welchem er dem Herrn Weiland dankte für die Verweigerung, die er uns zu theil werden ließ. (Es gab nämlich Freibier, was dazu beigetragen haben mag, daß die Straßenbahner so zahlreich erschienen waren.)

Kollegen! So lange die Direktion Leute, die 8, 10 und 15 Jahre im Dienst der Straßenbahn stehen, wegen jeder Kleinigkeit aufs Maßler nicht und ihnen dann die Hälfte der Beiträge zur Kasse zurückbehält, so lange sind wir nicht für eine Erhöhung derselben zu haben. Wir können absolut nicht einsehen, daß wir der Straßenbahn unsere paar sauer verdienten Groschen opfern sollten. Vor Allen verlangen wir die Streichung des § 7 und verlangen, daß Jedem, der von der Direktion entlassen wird, seine eingezahlten Beiträge wieder zurückerstattet werden. Ferner müssen wir auch eine Erhöhung der Löhne fordern. Wie z. B. ein Schaffner, der 84 Mk. Monatsgehalt hat, eine Familie ernähren und so hohe Mitgliedspreise bezahlen muß, noch für eine Erhöhung der Beiträge stimmen kann, begreifen wir nicht.

Das Straffsystem der Straßenbahn stellt dasjenige aller anderen Betriebe in Stuttgart weit zurück. Strafen von 1, 3 und 5 Mk. sind keine Seltenheit. Eine nicht kleine Schuld daran trägt der Herr Inspektor Ott. Wie lieb und wie gut es dieser Herr mit den Angestellten meint, zeigt eine Verfügung, die er vorigen Herbst herausgab. Sie lautet: „Es ist in letzter Zeit vielfach vorgekommen, daß Bedienstete, die eine gegen sie erlassene Strafverfügung unterzeichnen sollten, ihre Unterschrift verweigerten. Im Zukunft wird dies als Unbarmherzigkeit angesehen und demnach verfahren werden. Demjenigen jedoch, der sich zu Unrecht bestürzt glaubt, ist es gestattet in Form eines Wittgesuchs bei der Direktion um Nachlass der Strafe nachzusuchen.“ Hier tritt so recht dralisch die Unternehmenspolitik zu Tage. Fast könnte man meinen, wir lebten heute noch im Mittelalter und nicht im zwanzigsten Jahrhundert.

Nach jeder viele Mißstände könnten wir anführen, doch für heute wollen wir uns mit Vorstehendem begnügen, das nächste Mal dann mehr.

Kollegen! Das darf nicht so bleiben, das muß anders werden. Der Einzelne kann jedoch nichts thun, das werdet ihr einsehen. Um etwas zu erreichen, müßt ihr Euch zusammenschließen, vereinigt, ihr müßt Euch organisiren. Gelegenheit dazu giebt Euch der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Tretet Alle Mann für Mann demselben bei und ihr werdet sehen, daß dann die Zeit kommt, wo auch ihr auf eine menschenwürdige Behandlung und auf ein menschenwürdiges Dasein rechnen könnt.

Kollegen! Noch eins. Wie überall, so giebt es auch unter Euch Leute, die Euch vor dem Verband grüßeln machen wollen, indem sie Euch einreden, wenn ihr dem Verband beitreten, so seid ihr Sozialdemokraten. Seht Euch die Leute an? Was sind es für welche? Lauter Schmarotzer und Schwindler, die bei der Direktion lieb und teuer sind. Was haben dann die Leute davon? Es geht ihnen gerade wie den andern Kollegen. Der Verband fragt nicht darnach, was ihr seid, ob katholisch, evangelisch, jüdisch oder sonst was. Ein Jeder kann glauben was er will. Der Verband ist dazu da, um die Interessen seiner Mitglieder, der Arbeiter, gegenüber dem ausbeutenden, unmühsameren Unternehmertum zu vertreten und zu wahren.

Deshalb, Kollegen,äumt nicht länger, tretet ein in den Verband. Niemand hat es notwendiger als ihr. Denkt an die Vorfonnnisse in den letzten Tagen. Da könnt ihr wieder sehen, daß ihr nicht Angestellte seid, wie man Euch vorlacht, sondern noch weniger wie Tagelöhner. Zeigt der Direktion, daß ihr Männer seid und daß ihr eine Behandlung verlangt, wie sie Männern gebührt und nicht wie Sklaven. Einzeln seid ihr nichts, vereinigt seid ihr stark.

Ein Angestellter der Stuttgarter Straßenbahn.

Transportarbeiter.

Freiburg i. Br. In der Versammlung vom 2. und 16. März, in denen Kollege Geradt-Mannheim referierte, wurden 16 Mitglieder aufgenommen. Einige Kollegen, die schon früher Mitglied waren, wollen ihre rückständigen Beiträge nachzahlen. Wenn sie aber nicht bald Ernst damit machen, werden sie gestrichen, weil die alte Annahme nicht wieder einreisen darf. Einstimmig wurde beschlossen, keine 25, sondern 30 Pf.-Marken zu legen. Wir wollen unsern Mitgliedern vertragen, daß in Freiburg ca. 25 Kollegen beschäftigt sind, denen es bisher thatsächlich nicht möglich war, unsere Versammlungen zu besuchen, die aber demnach dem Verbande beitreten werden. Aber selbst, wenn jene nicht kommen sollten, haben wir die Gewißheit, daß diesmal unsere Zahlstelle nicht wieder vertrackt, denn ein guter Stamm ist vorhanden, auf den wir verlassen können.

Im Jahre 1899 hatten wir 45 Mitglieder, die heute fast alle noch in Freiburg beschäftigt sind und es öfter bereuen, nicht Stand gehalten zu haben. Wären sie dem Verbande treu geblieben, so wären auch andere noch hinzugekommen, und wir hätten heute andere Zustände. Wie sieht es denn aus in Freiburg und in unserer Nachbarstadt Offenburg?

In ganz Baden findet man keine so niedrigen Löhne mehr wie bei uns, und dabei müssen wir uns von unsern Arbeitgebern eine ganz miserable Behandlung gefallen lassen. Es giebt Frühunternehmer bei uns, die ihre Leute prügeln, daß sie die Hände hinausschleudern; ein Willkürherrscher ist uns bekannt, der seit zwei Jahren keinen Pfennig Lohn mehr bezahlt hat. Haben seine Knechte 1/2 oder 1/3 Jahr bei ihm geschafft und verlangen Lohn, so haut er ihnen das Fell voll und wirft sie vor die Thür. Ein Freiburger Unternehmer, der seine Leute in Kost und Wohnung hat, macht jeden Mittag beim Essen solange Radau, bis die Leute vor Angst donaufliegen, um nicht geprügelt zu werden, das Essen stehen lassen und sich für ein paar Pfennige selbst ein Stück Brot kaufen. Ein Kollege ist nicht weggelassen, sondern hat dem Alten gesagt: „Wenn Du etwas von mir willst, dann warte bis ich gegessen habe.“ hat 4 Portionen Kartoffelsalat und Würste (seine eigene und die der drei armen Teufel, die ihre vor Angst stehen gelassen hatten) gegessen und ist dann rückwärts zur Thür hinaus gegangen, weil er wußte, daß es die größte Kunst des Alten ist, Jemanden hinterücks zu überfallen. Vor Wuth hätte den lebenswürdigen Herrn (hier der Schlag gerührt, aber schließlich beruhigte er sich, zahlte unsern Kollegen den Lohn für 14 Tage aus, verbot ihm sein Haus und dachte: „Es giebt schon noch Dumme genug in Freiburg, ein einziger Klüger macht das Kraut noch nicht fett, den schmeißt man hinaus und prügelt die andern nitig weiter.“ Viele Freiburger Kollegen sagen: „Wenn wir die Güterbesitzer von Mengler nicht bekommen, so hat der ganze Verband keinen Zweck.“ Nun weiß aber doch jeder Kollege, daß die Leute von Mengler sich nicht organisiren dürfen; das verbietet ihnen ihr Herr, ihre Frauen verbieten es ihnen und noch andere Leute. Keiner der bei Mengler beschäftigten Kollegen hat je den Muth gehabt, in unsere Versammlungen zu kommen, denn ein zünftiger Freiburger Güterbesitzer fürchtete sich nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch am Sonntag vor seinem Herrn. Es wird lange dauern, bis die Leute mit dem Schilde an der Mühle einsehen, daß Herr Mengler nicht ihr Brotherr ist, sondern daß sie, die Güterbesitzer, die „Knechte“ sind, denen der „Herr“ Brot, Wein, Schinken und alles, was er zur Lebens Nahrung und Nothdurft braucht, zu verdanken hat. Eine Güterbesitzerin kann sehr gut ohne Herrn betrieben werden, aber nicht ohne Fruchtener. Das ist eine alte Wahrheit, an die aber viele unserer Kollegen nicht glauben wollen. Wenn die Güterbesitzer in der Verbande vorangehen sollten, dann könnten wir in Freiburg warten bis zum jüngsten Tag. Gehen aber die übrigen Kollegen voran und gründen eine gute Verwaltungsstelle, dann werden auch die Güterbesitzer allmählich Courage bekommen und beitreten.

Sehr bedauerlich ist die Haltung, die der seit Jahren in Freiburg bestehende Lokalererein der Handels- und Transportarbeiter dem Zentralverband gegenüber einnimmt. Unter lebhaftem Weisfall rief Kollege Geradt in unserer letzten Versammlung aus:

„Es ist traurig, daß die Handels- und Transportarbeiter wegen der paar Mark, die sie in ihre Kasse haben, den Anschluß an den Zentralverband fürchten. Als intelligente Leute sollten und müßten sie doch wissen, daß ein Verband von 25 000 Mitgliedern durch das Geld des Freiburger Lokalerereins nicht ärmer und nicht reicher wird, und daß dieser ganz andere Dinge zu thun hat, als auf jene paar Mark Jagd zu machen. Und doch machen sie uns diesen Vorwurf, stellen uns, die wir durch unsern Verband Tausenden von Handels- und Transportarbeitern ein menschenwürdiges Dasein verschafft haben, gewissermaßen als Spitzbubenbande hin, ohne einen Augenblick daran zu denken, von welcher Seite sie in Wirklichkeit beschossen werden. Daß das Kapital ihren Arbeitskraft, Gesundheit und Familienglück raubt, daran denken die Freiburger Handels- und Transportarbeiter nicht. Was wollt ihr von uns, wir sind ja organisiert, zu rufen sie aus und belügen sich selbst, denn sie wissen genau, daß im 20. Jahrhundert die Bezeichnung Arbeiterorganisation auf Vereine, die nicht über die Stadtmauern hinausgehen, nicht mehr angewandt werden kann. Es sind Leute unter ihnen, die seit Jahren politisch organisiert sind in einer Partei, die auf dem Boden der Zentralisation errichtet und groß geworden ist. Wollen auch diese Genossen uns glauben machen, daß ihnen die gänzliche Wehrlosigkeit des Lokalerereins nicht

bewusst wäre? Nein, Ihr Herren! Nennen wir das Ding beim richtigen Namen: Ihr steht uns fern, weil Ihr fürchtet, der Herr Chef könnte es übel nehmen, wenn Ihr dem Zentralverband beitreten würdet. Hoffentlich kommt Euch bald die Erkenntnis, daß Mitglieder des Zentralverbandes keinen Chef zu fürchten brauchen, weil in der Stunde der Gefahr nicht nur die Kollegen an Ort, sondern die von ganz Deutschland hinter ihnen stehen."

Hamburg. Wichtig für Kattcher. Der Kattcher 3. hatte eines Tages vom Pöschplatz am Nebelkanal in Gimsbüttel eine hübre Mauersteine geholt. Auf der Straße fielen einige Steine von dem hochbeladenen Wagen auf die Straße. Ein Schuhmann sah dies und meldete den 3., der darauf von der Polizeibehörde wegen Uebertretung des § 10 der Hamburgischen Straßenordnung in eine kleine Geldstrafe genommen wurde. Er legte dagegen jedoch Einspruch ein und erreichte damit heute vom Schöffengericht seine Freisprechung. Das Schöffengericht V unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Schumann ist nämlich der Ansicht, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes (nämlich des § 10 Abs. 1 der Hamburgischen Straßenordnung) nicht der Kattcher, der die Hübre fährt, ohne sie selbst aufgeladen zu haben, für das Abfallen einzelner Teile der Ladung auf die Straße verantwortlich zu machen ist, sondern eine Person oder die Personen, die die Ladung hauptsächlich besorgt haben. Und im vorliegenden Falle hatte der Kattcher nur gefahren, nicht geladen.

Beitrag. Verunglückt ist am Mittwoch, d. 12. 3. der bei der Mitterbacherer von Dent u. Wiederhofer angestellte Tagelöhner Franz aus Westfalen dadurch, daß ihm durch Wirtinnen zweier Eßhöfe von Jement der linke Oberarm abgetrennt wurde. Außerdem erlitt er noch mehrere Verletzungen.

Es und so oft haben die Tagelöhner von Dent und Wiederhofer ausgerufen: „Für uns hat der Verband seinen Zweck." Nun ist wieder einmal Einer verunglückt und es hätte vielleicht doch ein klein wenig Zweck, wenn der Verunglückte während seiner Krankheit aus der Verbandskasse Unterstützung beziehen könnte. Leider haben auch die Führerleute von Dent u. Wiederhofer, die fall alle organisiert waren (einige darunter schon mehrere Jahre) wieder einmal die Entscheidung gemacht, daß der Verband seinen Zweck hat. Sie haben sehr wichtige Sachen zu tun, als an die Organisation zu denken — müssen sich gegenfellig die Knochen kaputt schlagen und sich im Comptoir einander schlecht machen. Es ist sehr traurig, wenn unter Kollegen, die zusammen arbeiten, solches vorkommt. Wir wollen nicht unterfragen, an wen die Schuld liegt, aber soviel steht fest: „Im Betrieb von Dent und Wiederhofer sind einige Mann beschäftigt, die nicht unter erbliche Kollegen gehören und allen übrigen dort Beschäftigten das Leben fauer machen. Der Verband könnte mit leichter Mühe hier Wandel schaffen, aber wenn selbst die christlichen Kollegen meinen, daß der Verband seinen Zweck hat, dann ist es freilich nichts. Was die Unglücksfälle anbetrifft, so steht leider fest, daß doch nicht der letzte Verunglückte sein wird. Wer weiß, wer nun zunächst an die Reihe kommt und ob der nächste Unglücksfall so glimpflich abläuft wie dieser. Wenn das Jahr herum ist, haben die nicht organisierten Kollegen keinen Pfennig Geld mehr als unsere Mitglieder. Es hat nie Eines gegeben, der durch die Erparnisse der paar Pfennige Beitrag Vermögen erworben hätte, aber viele arme Schlucker gibt es, die einst gedungene kräftige Führerleute waren, dann durch schwere Krankheit oder Unglücksfälle im Glend verfunken sind und jetzt mit ihrer Familie Tag und Nacht über das Thema nachdenken: „Für mich hätte der Verband doch Zweck gehabt."

Leipzig. Aus der Faschingszeit! Der 4. Mai soll der Endtag der Parattei sein. Für die Expeditionsarbeiter Leipzigs besonderer Couleur soll es ein ganz eigenartiger Narrentag sein. Unter der glühigen Mitwirkung der hochverehrlichen Herren Firmeninhaber, der Herren Restaureure und ganz besonders der lieben Frauen, soll dem Krankenunterstützungsverein Arbeiterpersonal Leipziger Expediture eine grün-weiße Fahne beschert werden.

1896 in Altona war es, als Vertreter deutscher Berufsvereine voll Idealismus unsere heutige Organisation in schwerer Zeit schufen.

Die Leipziger waren nicht an letzter Stelle, welche durch ihre Vertreter die Notwendigkeit der Schaffung derselben betonten, welche die Bedeutung der modernen, auf der Basis der Solidarität aber auch des Kampfes gegen die Unterdrückung und Ausbeutung geschaffenen Gewerkschaften erkannten.

Alle damaligen Vertreter Leipzigs, bis auf einen, haben ihre Pflicht erfüllt im Interesse und im Kampfe für die Organisation. Dieser Eine aber, welcher eine Kreditierung seiner sogenannten Ueberzeugung vorgenommen hat; er mußte als Verräter an der Sache seiner Arbeitsbrüder aus deren Mitte entfernt werden. Die größte Schmach, die einem denkenden, freien Arbeiter angetan werden kann, und heute steht dieser Herr als Vetter einer Vereinigung da, welche die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit feiert, welche sich stolz Zertürmmerer derjenigen Gewerkschaften nennt, welche unter dem Banner der Freiheit, dem blutrothen Wappenzeichen einer besseren Zeit, den Kampf gegen jeden Unterdrücker führt. Wir können dem Verein seinen Vetter ebenso, wie wir mit gratulieren, jenen Gefühls-Weidener nicht mehr in unseren Reihen zu zählen.

Arbeitsbrüder Leipzigs! Die Harmoniecapotte mögen ihre Fahne führen in edlen Weisthail der Parattei.

Unser Weg ist ein anderer. Schulter an Schulter mit den Millionen da unten der, können der Klassengegnossen bleiben wir uns und unserer Ueberzeugung treu; Kampf der Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Form.

Ludwigshafen. Große Insuperate, die wohl nimmermehr bezagt werden, kündeten an, daß am 9. März der Verein Deutscher Kattcher und Fuhrleute eine öffentliche Versammlung abhalte. Es war seine erste und sollte auch seine letzte sein. Der aus unseren Verbänden nicht wegen Anreizereien, sondern — das sei hier nochmals festgestellt — wegen ganz gemeiner Schwindereien ausge-

schlossene Heinrich Voigt wollte mit einem Knalleffekt seinen Verein begraben. Aber leider ging das Begräbnis ganz ohne Sang und Klang vor sich. Es war Voigt nicht vergönnt, die Versammlung zu leiten, denn bei der Bureauwahl erhielt er nur eine Stimme (nämlich seine eigene). Gewählt wurden Schmitt-Mannheim als erster, Braun-Mannheim als zweiter Vorsitzender und Geiß-Ludwigshafen als Schriftführer. Alle drei Kollegen sind Mitglieder des Zentralverbandes. Mit faurer Miene mußte Voigt sich vom Vorstandsstuhl entfernen und den Gewählten Platz machen. Genosse Lange hielt nun ein kurzes aber treffliches Referat über Zentral- oder Lokalorganisation und empfahl den Mitgliedern des Lokalvereins den Anschluß an einen Zentralverband. Voigt führte dann aus, daß auch er Anhänger der Zentralorganisation sei. Unser Zentralverband aber tauge nichts, und das liege daran, daß er, Voigt, nicht an der Spitze desselben stehe. Er habe es daher für seine Pflicht gehalten, einen neuen Zentralverband zu gründen und zunächst eine Verwaltungsstelle in Ludwigshafen ins Leben zu rufen, die bereits 45 Mann stark sei (von denen aber nur drei anwesend waren. Innerst des Schriftführers.) Leider habe aber das Gewerkschaftskartell von seiner Gründung absolut nichts wissen wollen und ihn aufgegeben, seinen Verband wieder aufzulösen. Auch hätten einige der besten Mitglieder Verzicht geübt und seien ins Lager des alten Zentralverbandes zurückgeschwankt, nachdem über 14 Tagen der Verbandsbeamte (starb in einem Vortrag über Zentral- oder Lokalorganisation das Manne vom Himmel herunter gelassen habe. Schmerz bewegt rief der Redner aus: „Es hat sich alles gegen den Verein Deutscher Kattcher und Fuhrleute verschworen. Unter diesen Umständen ist derselbe nicht mehr lebensfähig und ich erkläre ihn hiermit für aufgelöst."

Das war das Ende des neuen Zentralverbandes. Wenn derselbe auch niemals 45 Mitglieder gehabt hat, wie Voigt behauptet, so sind es doch wohl 10 bis 15 Kollegen gewesen, die länger als 1/2 Jahr Beiträge hinein bezahlt haben und was haben sie nun davon? Ein ganz geringfügiges Vorkommnis in unserer Verwaltungsstelle, das von Voigt in der gewissenhaftesten Weise aufgebauscht wurde, hat einige Kollegen, die seit mehreren Jahren Mitglied waren, veranlaßt, dem Verbande den Rücken zu kehren. Sie hätten bei uns 50 Mk. Krankengeld, 36 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 30 Mk. Sterbegeld und sonstige Unterstühtungen zu verlangen. Wenn sie nun morgen krank werden oder in Noth gerathen, haben sie nichts zu beanspruchen und dafür können sie sich bei Voigt und bei ihren Tragtöpfen bedanken. Wenn sie irgend welche Beschwerden vorzubringen hätten, so konnten sie sich an die Ortsverwaltung, an die Mitgliederversammlung und an den Zentralverband wenden. Das war ihr gutes Recht. Statt dessen aber haben sie einfach den Vorposten Voigt's Graben geschickt und sehen nun, wie weit sie es gebracht haben.

München. „In meinem Betriebe ist kein Platz für organisierte Arbeiter" bemerkte der Direktor der hiesigen Eiswerke. Der gute Mann scheint beim seltsamen Stimm in die Schule gegangen zu sein, so sehr verliert er das Scharmachen. In diesen Eiswerken herrschen auch noch Zustände, daß der Direktor alle Urfrage hat die Organisation zu fürchten. Die Arbeit beginnt um 4 Uhr Morgens, im Sommer gar um 3 Uhr und endet Abends zwischen 7 und 8 Uhr. Es wird ein Stundenlohn von 27 Pf. gezahlt, derselbe aber nur für die Zeit von 6 bis 6 Uhr berechnet, in den übrigen Stunden ist es den Leuten gestattet, unsonst zu arbeiten. Sonntagsruhe ist den hiesigen beschäftigten Arbeitern ein unbekannter Begriff. Das Maß war voll und die Kollegen wandten sich an unseren Verband mit der Bitte um Hilfe. Unsererseits wurde nimmer ein in den höflichsten Formen gehaltenes Schreiben an die Direktion gerichtet und erlucht, einen Stundenlohn von 30 Pf. zu gewähren und jeden zweiten Sonntag frei zu geben. Am darauffolgenden Sonntag wurden sämtliche Arbeiter ins Bureau gerufen und aufgefordert, daß die Verbandsmitglieder sich melden sollten. Es meldete sich natürlich niemand, dennoch wurden der Direktion durch einen Verräter drei Kollegen als Verbandsmitglieder bezeichnet, die auch sofort entlassen wurden. Kollege Döbler und Gewerkschaftssekretär Jakobson wurden nimmer persönlich bei der Direktion vorstellig, auch dies nicht nichts. Wir werden also zu geeigneter Zeit, in der Hochsaison, andere Mittel ergreifen müssen, um die Direktion zur Naision zu bringen. Inzwischen haben wir Vorjorge getroffen, daß es der Direktion nicht mehr möglich ist, zu erfahren, wer dem Verbande angehört. Es wird also Sache der Kollegen sein, sich bis auf den letzten Mann dem Verbande anzuschließen, um so zur gegebenen Zeit gerüstet und schlachfertig dazustehen.

Oeffentlich und Mitglieder-Versammlungen.

Altona. Außerordentliche Generalversammlung am 4. März in der Schillerhalle, Tagesordnung: 1. Die Reorganisation der Aufnahmestelle zur Unterhaltung unseres Bureaus und unsere Beamten von der Hauptkasse. Referent Kollege Kähler Berlin. 2. Soll demzufolge unser Bureau und ein besoldeter Beamter ferner bestehen bleiben, eventl. wie stellen wir uns zu dem Unterhaltungskostenpunkt.

Kollege Kähler-Berlin leitete die Versammlung in längeren Ausführungen auseinander, welche Gründe den Zentralvorstand bewegen hätten, den Zuschuß von 500 Mk. pro Jahr an 350 Mk. herabzusetzen. Einleitend bemerkte er: laut Beschluß der letzten Generalversammlung in Nürnberg ist Deutschland zwecks besserer Agitation in Bezirke, sogenannte Gane eingeteilt mit besoldeten Ganevollmächtigten an der Spitze, welche die Agitation innerhalb dieser Gane zu leiten haben. Diese Vereinerichtung ist natürlich mit ziemlichem Gedulose verknüpft. Dann leitete die Kräfte im vergangener Jahre mit Festigkeit ein. In Berlin sind allein 76 000 Arbeitslose vorhanden, darunter befinden sich ein ganz Theil Angehörige

unseres Berufes. Daß dadurch die Massenverhältnisse ganz bedeutend in Mitleidenschaft gezogen, liege doch auf der Hand. Infolge dessen hätte sich der Zentralvorstand in Berlin gehendst gesehen, Erparnisse zu machen, daher die Reduzierung unseres Zuschusses. Die Ersparnisse der Ortsverwaltung Altona in Frage zu stellen, liege absolut nicht in der Absicht der Zentralleitung. Er, Redner, könne überhaupt nicht begreifen, daß diese Sache soviel Staub aufwirbeln würde, da könnten doch Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Ausfall wieder wegzumachen. Seiner Ansicht nach könnte zum Beispiel die Agitation von drei Tagen bei der Krankenunterstützung wieder eingespart werden, da wäre keine Gewerkschaft, welche vom ersten Tage an Krankenunterstützung nicht. Dann ist auch der Beitrag zum Arbeitersekretariat viel zu hoch. Sander bemängelt, daß der Zentralvorstand erst jetzt und nicht schon am Jahresabschluss die Reduzierung vorgenommen hätte. Mathmann vertrat die Meinung, daß wir gar nicht im Stande wären, die 350 zahlenden Mitgliedern das Bureau und einen besoldeten Beamten aufrecht zu erhalten. Kollege Dimpel als Ganevollmächtigter führte aus: Verschiedene Vorschläge seien in dieser Sache schon gemacht, wie die Wiedereinführung der Sonntagsfälligung durch Mitglieder, Aufhebung des Bureaus, dann die Erniedrigung der Unterstühtungssätze, er bitte nun die Versammlung, vorurtheilslos seinen Vorschlag anzuhören und zu prüfen. Von Seiten der Hamburger Ortsverwaltung sei im verflochtenen Jahre eine rege Agitation entfaltet worden. Diverse Lohnbewegungen sind durchgeföhrt und auch streng beendet worden. In vielen derselben haben die Altonaer Kollegen uns heunehmend in den Weg gestanden. Er erinnere nur an die Lohnbewegung bei den Brauere, Kollfischern, Mochwagenthaltern und Straßenbahnern. Die Agitation in Altona lasse viel zu wünschen übrig, da fehlen eben die richtigen Kräfte dazu. Viele Kollegen, welche in Altona wohnen oder auch arbeiten, sind in Hamburg organisiert und auch ungetreut. Nun zu den Vorschlägen. Zu dem alten System der Sonntagsfälligung wieder zurückzuführen, würde er unter keinen Umständen raten. Und die Unterstühtungssätze zu reduzieren, dazu würden wohl die Mitglieder ihre Zustimmung verweigern. Er mache aus praktischen Gründen und im Interesse der Gesamtheit den Vorschlag, die beiden größten Verwaltungsstellen im Norden, Hamburg und Altona, miteinander zu verschmelzen zu beiderseitigen Vorteil. Die Kollegen Carlberg, Mathmann, Drews, Wagner, Gebert, Orth und Barge ergänzten diese Ausführungen in bezeichnender Sinne, während Sander dagegen sprach. Folgende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen:

„Die heute in der Schillerhalle tagende, zahlreich besuchte Generalversammlung der Verwaltungsstelle Altona beschließt, im Interesse einer einheitlichen Agitation sich mit der Verwaltungsstelle Hamburg zu einer gemeinsamen Verwaltungsstelle zusammenzuschließen."

Der Zeitpunkt, wann diese Verschmelzung in Kraft treten soll, wurde auf den 1. April festgelegt. Sodann erhält Kollege Kähler das Schlusswort. Seiner persönlichen Ueberzeugung nach wäre dieser einschlägige Weg der beste, und nun komme ja auch die Reduzierung der Zuschüsse außer Betracht. Nun heißt es, mit vereinten Kräften arbeiten und wirken zu Muß und Frommen des Verbandes. Mit einem dreimaligen, begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband wurde die statt besuchte Generalversammlung geschlossen.

Bielefeld. In einer öffentlichen Versammlung der Fuhrwerker, Kattcher, Transport- und Handbillsarbeiter am Sonntag sprach Kollege Schumann Berlin über „Zweck und Nutzen der Organisation." Redner erörterte die vielfach noch trostlose Lage dieser Arbeiter. Unter langer Arbeitszeit, schlechter Behandlung und Bezahlung hätten die Arbeiter zu leiden. Die meisten Arbeiter würden noch nicht durch die soziale Gesetzgebung vor Ausbeutung geschützt. Die Organisation allein sei nur im Stande, hier besser zu wirken. Nachdem Redner die bisherigen Erfolge der Organisation resümiert und betont hat, was der Verband sonst an Unterstühtung biete, wurde, nachdem sechs Neuaufnahmen erfolgt waren, und Genosse Langhoyer im Sinne des Referenten gesprochen hatte, die Versammlung nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten geschlossen.

Breslau. Am Mittwoch, den 19. März, fand im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung statt. Beschlüssen wurde, sechs Sektionen zu errichten und zwar: 1. Hausdiener u. 2. Kattcher aller Berufe mit Ausnahme der Drofhtentkattcher. 3. Drofhtentkattcher. 4. Arbeiter aller Gruppen. 5. Straßenbahnern. 6. Feinstreifer. Die Sektionsleiter wurden sofort gewählt und erhalten ihre aufsprechenden Anweisungen durch die Ortsverwaltung. Der Witwe Kozlof wurden 20 Mk. Sterbenunterstützung bewilligt. Als Bibliothekare wurden die Kollegen Bant Wentwig und Paul Emtl gewählt. Die Wiederansgabe erfolgt Montags Abend von 8 Uhr ab in Zimmer Nr. 1 des Gewerkschaftshauses. Kollege Böhn erstattete Bericht von seiner letzten Sitzung als Gewerkschaftsleiter. Die Abrechnung vom Wasenball erstattete Kollege Wedel. Ueberblick sind 77 Mk. Es wird beschloffen, 27 Mk. für die Bibliothek und 50 Mk. zum Fabneinsatz zu verwenden. Mit dem Wunsche, daß immer die Mitgliederversammlungen auf Besuch sein mögen, und so ruhig debattiert wurde, schloß Kollege Zimmer die Versammlung gegen 12 Uhr.

Grimmshaus. Am 1. März fand eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Richter referierte über „Unsere neue Straßenpolizei-Verordnung." Redner besprach die einzelnen Paragrafen und unterzog dieselben einer herben Kritik. Es sei ja ganz schön, wenn Herdeshindern, Ueberlastung usw. strafbar sei, es komme mir ganz darauf an, wer bestraft werden soll, ob der Kattcher, der erwischt wird, oder der Luernegner, der den Befehl dazu gegeben hat. Ferner weist Redner nach, wie unthunig es sei, durch Strafverföhren und anderes eine gewisse Sicherheit anzustreben zu wollen. Erschlafte Augenlider an einem abgearbeiteten und abgetrennten Körper fragen nicht erst die Volkzeit, ob sie genehmigt, daß sie mal 10 Minuten zulaufen könnten. Im Allgemeinen muß es ziemlich recht

gelommen sein, wenn ein Kollege auf dem ziemlich hohen Pflaster Grimmitzhaus einfallen kann. Geradezu überflüssig sei es, wenn man glaube, durch Strafverurtheilung die Unglücksfälle beseitigen zu können, wenn man deren Ursachen: lange Arbeitszeit, geringen Lohn u. unangenehme Arbeit.

In der Diskussion wurde die schlechte Beschaffenheit der unteren Frankfurtertrasse (Mitte der Stadt), sowie vor dem Schuppen der Pedikure, wo den Pferden der Schmutz bis über die Ohren spritzt, erwähnt. Die Baadergasse (im Geschäftsviertel) ist so enge, daß das Ausweichen unmöglich ist. Es ist dringend nöthig, daß in der Mitte der Gasse noch eine Ausfahrt geschaffen wird.

Friedrichsberg. Eine öffentliche Versammlung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgebiete beschäftigten Hilfsarbeiter fand am 8. März abends 9 Uhr im Lokale von Panten, Frankfurter-Allee, statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Wöhr in der üblichen Weise.

Sodann hielt der Kollege Böcher einen kurzen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die heutigen Zustände im Berufe. Derselbe führte aus, daß gerade jetzt in der Zeit der Krisis und der unzähligen Arbeiterentlassungen es notwendig sei, daß sich alle Arbeiter, soweit sie hier für uns in Betracht kommen, dem Verbandsanliegen, um endlich einmal ein Machtwort einlegen zu können, damit die jetzt bestehenden traurigen Zustände einigermaßen gebessert werden können.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Krüschke, Weigler, Wasthaus, Staminski und Presta im Sinne des Vortragenden. Sodann gab der Kollege Krüschke noch einige Aufklärungen über Gewerbeverträge, welche bezweckten, die Anwesenden zu informieren. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten erörtert und die Anwesenden zur regen Agitation ermahnt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

März. Die für Dienstag, den 11. März, einberufene Versammlung war verhältnismäßig schlecht besucht; mag sein, daß sich die Kollegen den Zusammentritt zu Ehren des Prinzregenten zu Gemüthe führten. Hauptpunkt der Tagesordnung war: Agitation, und wurde hierzu von den Kollegen eine bestimmte Route nicht aufgestellt. Es wurde ausgeführt, daß in unseren Vertriebsstellen die mündliche Agitation als die beste zu betrachten sei und die Kollegen aufgefordert, in diesem Sinne ihr ganzes Können einzusetzen. Einige Anregungen, an die Mitkollegen bei gegebener Zeit angebracht, würden bedeutend besser als viele Zeitungsartikel, da diese von den in verschiedenen Kollegen doch sehr selten gelesen werden.

Beim Verbands- der Glasarbeiter besteht die Absicht, unsere organisierten Kollegen, die in kleinen Glasgeschäften als Maschinier beschäftigt sind, zu sich hinüber zu ziehen. Hierzu ist zu bemerken, daß sich die Kollegen in den Glasgeschäften (die leider zum größten Theil noch nicht organisiert sind) ruhig bei uns aufnehmen lassen können, denn in dieser Sache werden wir mit den Glasarbeitern schon fertig.

Im Jahre 1898 wurde uns seitens der Brauerorganisation eine ganze Reihe Vorfälle abgeprengt mit der Motivierung, daß sämtliche in einer Brauerei beschäftigten Arbeiter in einer Organisation bestimmen sein müßten. Es würden dadurch leichter die Forderungen der einzelnen Branchen vertreten und durchgeführt. Die Brauer traten nun im Jahre 1900/01 in Forderungen betr. Tarif ein und hier ereignete es sich, daß der Brauer-Mag (Vesker) die Vertretung der Bierführer durch die Brauer nicht anerkannte und mußte dann unsere Organisation mit den Brauereibesitzern betr. Forderung der Bierführer in Unterhandlung treten. Logisch ist es daher, daß die Bierführer als Transportarbeiter bei uns organisiert sind. Es wurde in dieser Sache ein vom Kollegen E. Schmidt gestellter Antrag angenommen, der an das Gewerkschaftsamt zu richten ist: „Das Kartell wolle sich mit dem Zentralverband der Brauer (Fern. Firth) ins Benehmen setzen, um zu erreichen, daß sich sämtliche Bierführer dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anschließen.“

Nach Erledigung einiger internen Angelegenheiten schloß Bevollmächtigter Neumann die Versammlung mit der Mahnung, die Kollegen möchten dafür Sorge tragen, daß die im April tagende Versammlung besser besucht wird.

Halle a. S. Am 8. März fand eine Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter statt, in welcher Genosse Gildenberg über das Krankenwesen sprach. Von einer Diskussion wurde abgesehen. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Wöhr Bericht von der kaufmännischen Ortskrankenkasse. In der Diskussion darüber beteiligten sich Wöhr und Waldow. Die Wahl der neun Vertreter zu dieser Ortskrankenkasse, welche in kürzerer Zeit stattfinden, vorgutachten, wurde der Ortsverwaltung übertragen. Ferner wurde der Antrag des Kollegen Wöhr, in kürzerer Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher das Führerwesen besprochen werden soll, angenommen. Zum Schluß wurde noch für einen kürzeren Kollegen 201 Mt. auf den Vorstandstisch niedergelegt, welche demselben übergeben wurden.

Halle. Versammlung am 15. März. Nachdem der Kartellbericht entgegengekommen, das Fir und Wider genügend erläutert, wurde ein Antrag, in welchem verlangt wird, das Kartell möge in Statut des Arbeitersekretariats die Bestimmung fassen, daß Mitglieder unseres Verbandes das Sekretariat auch Sonntags in Anspruch nehmen können, einstimmig angenommen und der Kartellbelegte beauftragt, denselben (Antrag) in der nächsten Kartellversammlung einzubringen. Betrachtet man die Arbeitsverhältnisse, die in verschiedenen hierbei in Betracht kommenden Geschäften existieren, ferner die Umstände bei Mühlstein, bei Vohlfahrt usw. so muß einem Jeden, auch nicht Zuhörer, klar sein, daß es oft genug vorkommt, daß es Defens oder Fens nicht möglich ist, in der Woche das Sekretariat anzufinden. Es handelt sich hier um Einzelfälle, welche leider noch zu oft vorkommen, so schnell aber nicht zu beseitigen sind, und den Vertretern, im Fall der Sonntags keine Klarheit durch das Sekretariat erhalten kann, eventuell ganz entbehren schädigen. Es wäre

deshalb sehr wünschenswerth, wenn das Kartell nach Prüfung der Sachlage den Antrag aufhebe. Sache der Verbandsleitung soll es sein, in allen Versammlungen darauf hinzuwirken, das betreffende Institut möglichst nur Verlaufs in Anspruch zu nehmen.

Leipzig. Die erste Versammlung nach langer Zeit, in der sich unsere gesammten Berufs Kollegen wieder einmal zum Zusammenfassen, tagte am Freitag, den 4. April. Der aufgewendete Anstalt, welche entfallen worden war, entsprach für Besuch jedoch nicht. Zu Unwesenheit des Genossen Minikü hatte der Kollege Schmidt es übernommen, den Werth und Nutzen der Gewerbeverträge den Anwesenden vor Augen zu führen. Er führte aus, daß die Gewerbeverträge keine neue Institutionen seien. Schon im Jahre 1806 habe man solche in Frankfurt gefasst. Lyon, wo die Seidenweberei vorhanden sei, habe, wie es scheint, durch ihre feste Arbeiterorganisation der Seidenweberei sich dasselbe erkämpft. Uns seien Studien über den Webern wahrcheinlich nicht gegeben worden. Als dann nach den sogenannten Freiheitskriegen der Friede folgte und die Rheinprovinz an Preußen abgetreten wurde, wären auch diese Gewerbeverträge mit herübergenommen worden. Aber Preußen ist nicht für Einrichtungen von sozialen Reformen geschaffen, und so hätte es verschiedene Anregungen bedurft. Erst im Jahre 1845/46 habe man wieder etwas davon erfahren. Wahrcheinlich, weil die Gährung schon vor den 1848er Wirren eine starke gewesen sein muß. 1849 seien die Gewerbeverträge wesentlich ausgebaut und auf das übrige Preußen ausgedehnt worden. Die Reichsdeutsche Einführung fällt in das Jahr 1890 und ist deren Grund im § 120a der Gewerbeordnung in alter, und § 120d in neuer Fassung zu suchen. Kollege Schmidt bepricht noch die Veränderungen, welche der Reichstag gemacht hat und kommt, an der Hand des Jahresberichtes des Leipziger Gewerbegerichtes, darauf zu sprechen, daß unsere Vertriebsstellen alle Ursache hätten, sich eingehender mit dieser Frage vertraut zu machen. Zählte man die Vertriebsstellen unserer Organisation an Orte zusammen, so rangierten wir an zweiter Stelle. Derselbe, die diese Einrichtung beistimmen. Redner kommt noch darauf zu sprechen, daß bis vor Kurzem wir noch als zum Gebilde gehörig betrachtet worden seien, und habe man uns verschiedentlich wollen abweisen mit Klagen. Durch das fortwährende Protestieren gegen diese Klassifizierung sei uns endlich auch unsere Anerkennung geworden. Redner bepricht noch die Umstände, welche bei den Straßenbahnen mitgesprochen, daß sie nicht am Gewerbegericht zugelassen würden, und begreift nicht, wie derartige Vorkommnisse sein, ungeschickhaft gehöre der Straßenbahnbetrieb unter die Klassifizierung des Titel 7 der Gewerbeordnung. Es schiene aber, als ob die Herren Direktoren fürchteten vor den Valenzgerichten hätten. Eine lebhafteste Debatte schloß sich dem Vortrag an, an der sich die Kollegen Conrad, Gutberath, Weber, Wülfker u. a. beteiligten.

Kollege Conrad stellt einen Antrag: Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, gemeinsam mit der Ortsverwaltung unserer Organisation Schritte einzuleiten, daß dieses Verhältnis, in welchem die Straßenbahner bezüglich ihrer Nichtzulassung bei Gewerbegerichten heute noch stehen, eine Veränderung erfahre.

Der Antrag wurde angenommen. Im Verschiedenen wird die Handlungsweise der Firma May & Gölisch bezüglich der Entlassung unserer Kollegen B. scharf kritisiert und der Wunsch geäußert, demselben in Leipzig-Blauwitz in nächster Nähe der Firma eine Versammlung abzuhalten. Ein Wunsch des Kollegen Firth, einen entsprechenden Aufnahmehinweis für die einzelnen Vertriebsstellen und Geschäfte herzustellen zu lassen, wird dem Kollegen W. zur Ausarbeitung überlassen, und soll er der Ortsverwaltung später die entsprechende Vorlage einreichen.

Lübeck. Die hiesige Zahlstelle hielt am 11. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Die Transportarbeiter und die Gewerbeordnung. Referent Kollege Stellung. 2. Kartellbericht. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Nach Vertretung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung wurde zunächst zum 2. Punkt der Tagesordnung geschritten, den Kollege Jennings erstattete. Neben demselben entspann sich eine lebhafteste Debatte. Der 1. Punkt wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Im Punkt 3 wurden zwei neue Mitglieder aufgenommen, sodann wurde für den erkrankten Kollegen Veiter Kollege Gruber provisorisch als Hilfskassier gewählt. Dann wurde die Sache des Kollegen Wehr erörtert, welche damit endete, daß es dem Vorstand überlassen bleiben soll, die nöthigen Schritte zu unternehmen. Ferner wurde über den Gesamtbetrieb gesprochen, in dem die Kollegen beim Arbeitgeber vorzuziehen werden sollten, widrigenfalls es verbleibend werden sollte. Schluß der Versammlung um 12 Uhr.

Magdeburg. Am Sonnabend, den 8. v. Mts., tagte im „Mittlerhaus“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, zahlweise Magdeburg, Kollege Ferdinand Vender referirte über: Die Entwicklung der modernen Gesellschaftsklassen, wofür ihm reicher Beifall zu theil wurde. Bei der Abrechnung über das Sitzungsprotokoll wurde vom Kassier bekannt gegeben, daß diese Versammlung mit einem Ueberschuß von 62,27 Mt. abschließt. Beschlossen wurde, diesen Betrag der Lokalkasse zu überweisen.

Es wurde der vom Gewerkschaftsamt gefasste Beschluß betr. Aufhebung des bestehenden Arbeitsnachweises und Errichtung eines Arbeitersekretariats per 1. Juli 1902 eingehend erörtert, und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit der Aufhebung des Gewerkschaftsvereins per 1. Juli 1902 einverstanden. Die Frage der Errichtung eines Arbeiter Sekretariats ist für sie erst dann diskutabel, wenn ein gemeinsames Arbeiten sämtlicher Gewerkschaften am Orte gesichert ist. Mit der Errichtung eines dergleichen Instituts sind unter den obwaltenden Verhältnissen so enorme Kosten verbunden, daß dieselben nur durch einen Extrabestrag beschafft werden können. Die Erhebung eines solchen ist in Zeiten wirtschaftlicher Krise nicht thümlich und könnte

die gebührende Entgeltung der einzelnen Gewerkschaften durch solche Maßnahmen in Frage gestellt werden. Aus diesen Gründen hält die Versammlung die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats vorläufig für verfrucht und wird der Frage dann erst näher treten, wenn die angegebene Hindernisse beseitigt sind.

Zu Punkt 3: „Wahlen“ wurde an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Woland der Kollege Rüdiger in die Ortsverwaltung gewählt. Für Kollege Siebel, der sein Mandat als Kartellbelegter niedergelegt hat, wurde Rüdiger gewählt. Zum zweiten Bevollmächtigten wurde der Kollege Wülfker gewählt.

München. Unsere letzte Mitgliederversammlung, welche am 10. v. M. stattfand, war nur schwach besucht. Nach Vertretung des Protokolls wurde die Abrechnung vom Vorkassier gegeben und wurde beschlossen, den Ueberschuß von 25,78 Mt. der Lokalkasse zu überlassen zu lassen. Dem Kartellbericht des Kollegen Maar war zu entnehmen, daß die Kohleneinkaufsgenossenschaft die Preise der Kohlen reduziert habe. Die Weidmühlfassung über die Beitragszahlung zur Arbeitslohnzahlung wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Ebenfalls vertagt wurde die Wahl der Vertrauensmänner in den Speditionsgeschäften. Dem Besuch der Koburger Gewerkschaften konnte schon aus dem Grunde nicht stattgegeben werden, weil die Kassenverhältnisse dies nicht erlaubten. Ein Schreiben des Kollegen Döbler wurde zur Kenntnis genommen und beslossen, demselben in jedem Quartal einen Situations- und Kassenbericht zugehen zu lassen. Ferner wurde der Besuch erneuert, im Falle unsere Versammlungen mit wichtigen Partei- oder Volksversammlungen zusammenfallen, unsere Versammlung auf einen anderen Tag zu verschieben. Mit der Aufforderung, für guten Besuch der nächsten Versammlung zu sorgen, trat Schluß ein.

Planen i. B. Neben dem Thema: „Warum haben wir lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn“ sprach am Dienstag, den 11. März, Kollege Richter-Gemüth. In der Hand von Beispielen konnte der Referent nachweisen, wie sich die Arbeitsverhältnisse der Handels- und Transportarbeiter von Zeit zu Zeit verschlechtert. Es ist die unausbleibliche Folge der gegenwärtigen Krise bei anderen Arbeitern, eine Verkürzung der Arbeitszeit. Im Handels- und Transportgewerbe aber nicht kürzer, sondern länger gearbeitet. Die Lohnverhältnisse verschlechterten sich bei allen Arbeitern. Was aber andere Arbeiter schon vor 20 und 30 Jahren begriffen hatten, daß nämlich die Arbeiter, sollen die Arbeitsverhältnisse besser werden, sich zusammenschließen, organisieren müssen, das lernen unsere Berufs Kollegen erst jetzt, und sehr langsam einsehen. Doch stellt auch unsere Organisation, trotzdem sie erst einige Jahre zählt, bereits eine lobtun gebietende Macht dar, mit der das Unternehmertum bereits rechnen muß. Nur durch Anschluß an die Organisation werden wir längere Arbeitszeit und bessere Löhne erreichen können. In der Diskussion wird allseitig verlangt, daß die Versammlungen in Zukunft Sonntags nachmittags stattfinden möchten. Der Referent sagte das zu, bemerkte aber, daß in Zukunft größere agitatorische Versammlungen trotzdem in der Woche stattfinden müssen, weil von den bis jetzt im Gau bestehenden Verwaltungsstellen 13 die Versammlungen Sonnabends und Sonntags abhalten und nur eine, Leipzig, freitags. Zu wünschen wäre für Planen ein besserer Versammlungsbesuch. Einige Annahmen waren zu verzeichnen.

Planen i. B. Am Sonntag, den 23. März, hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Richter-Gemüth referirte über „den Bahn- und Postbesuch um 6 Uhr abends“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und dem Kollegen Richter versprochen, Material zu liefern, damit in einer Eingabe an die General-Direktion der sächsischen Staats-Eisenbahnen sowohl, wie an die Oberpostdirektionen zwecks Beseitigung anderer Zustände die Verhältnisse klar gelegt werden können. Darauf wurde zur Konstituierung der Verwaltungsstelle geschritten. Es wurden gewählt: Kollege Richard Schreder, Bevollmächtigter, Waldtr. 9. 1. Kollege Oskar Streubel, Kassier, Dörfelstr. 10. Kollege Hilgert. 11. 1. Die Kollegen Fülle, Lang, 11. Pfing als Kassieren. Die Wahl von Vesker wird einer späteren Mitgliederversammlung überlassen.

Blauher Grund. Sonntag, den 16. März, fand im Deutschen Hause zu Postchappel die regelmäßige Monatsversammlung statt. Kollege Robit-Dresden sprach über: „Was lehren uns die vielen Unglücksfälle in unserem Berufe.“ Derselbe ging auf die Vorfälle und Schleifzugfrage näher ein und besprach die Eingabe des Zentralvorstandes vom 14. März 1902 an das Reichsversicherungsamt eingehend. Ausgesprochen wies Kollege Robit darauf hin, daß noch in diesem Jahre die elektrische Straßenbahn durch den Blauen Grund in Betrieb genommen wird und haben die Kollegen alle Ursache, unserem Verbands beizutreten bzw. denselben tren zu bleiben. Im Gewerkschaftlichen kam zur Sprache, daß der im Konsumverein zu Postchappel beschäftigte Kassier Friedrich Hermann Weber, welcher nicht organisiert ist, die Kassier des Blauen Grundes vom Beitritt zur Organisation abhält und die der Organisation beigetretenen wieder zum Austritt veranlaßt. Ein bearbeiteter „Kollege“ ist nicht wehr, von den Mitgliedern des Konsumvereins beschäftigt zu werden. Beschlossen wurde, die nächste Versammlung am 20. April in Kunaths Restaurant in Deuben abzuhalten.

Posen. Den 18. März. Heute fand im Berndt'schen Lokale, Thiergartenstraße 10, eine Versammlung unseres Verbandes statt, in der Kollege Rausch aus Berlin referirte. Da der Wirth nur bis 10 Uhr abends Konsens hat, die Polizei hier schon wiederholt Versammlungen aufhob, weil nicht um 10 Uhr Schluß gemacht wurde, so mußte sich Redner, da er erst um 9 Uhr mit dem Vortrage beginnen konnte, kurz fassen. In klarer verständlicher Form bewies der Referent, daß überall da, wo eine Organisation vorhanden ist, eine Wohnanweisung eintritt. Alsdann schilderte Redner, was der Verband, der erst sechs Jahre besteht, inzwischen geleistet habe. In zwei Jahren hätten

